

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mk. für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen alle Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteit 1876.

Die Infections-Gebühr

Befragt für die sechsgepaltenen Salongebühr über deren Raum 30 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das feinstgezeichnete Wort 30 Pfg. (zusätzlich 2 Pfg. Gebühre Serie), jedes weitere Wort 10 Pfg. Geschäfts- und Schiffsannoncen zahlen das erste Wort 10 Pfg. jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 9. Dezember 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Schwatzbude oder Parlament?

Es scheint wirklich, als ob zum mindesten verschiedene der bürgerlichen Parteien, die am Donnerstag voriger Woche dem Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung zugestimmt hatten, jetzt wieder elendiglich zusammenklappen wollen, wo es gilt, den Worten Taten folgen zu lassen. Im Zentrum haben sich bereits höchst bedenkliche Zeichen politischer Halsstarrigkeit und die Nationalliberalen bekunden vollends Seidenangst vor der ihnen so ungewohnten eigenen Courage.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ verspricht Herrn v. Bethmann Hollweg bereits Generalpardon. Wohl habe der Reichskanzler in seinen beiden Reden die Frage, „ob die militärische Autorität sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen darf“, „offenbar bejaht“. Nunmehr aber habe sich „herausgestellt, daß der Kanzler die Frage gar nicht bejahen wollte“. Wahnschaffe, der Rattenfänger, hat die nationalliberalen Vangschwänze also glücklich eingefangen! Bethmann, der Gesetzesverächter, der Staatsstreichler, existiert bereits nicht mehr für die nationalliberalen Verfassungskämpfer, sondern nur noch Bethmann, der Taperpreis. Und dem soll seine Waffenbrüderschaft mit dem Staatsstreichler Falkenhayn gnädigst verziehen werden, denn er wachte ja in seiner „Judisposition“ nicht, was er tat. Zumal ja auch die „höchste Stelle“ der Meinung ist, daß das Militär sich im Rahmen der Gesetze zu halten hat. Das aber ist nichts anderes, als die Rechtfertigung derer, die für den Misfallensantrag gestimmt haben.

Misfallens- statt Misstrauens-Antrag ist schon kostbar. Aber kostbarer noch ist die freundige Feststellung, daß dieser Misfallensantrag an „allerhöchster Stelle“ nicht misfallen hat. Welches Glück, daß die heroische Aufwallung der Nationalliberalen noch so gut abgelaufen ist. Dieweilen es aber so gut gegangen ist, soll jetzt nun auch Schluß gemacht werden. Es soll der Scharfmacher mit der Soldateska gehen, so verstehen sie die Verfassung heute!

Die Absicht und der politische Zusammenhang sind sonnenklar. Daß die von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ übernommene Sachdarstellung grundsätzlich, grundverlogen ist, tut weiter nichts zur Sache. Der Gutwettermacher Wahnschaffe ist bereits längst wieder desavouiert worden, und Bethmann und Falkenhayn spreizen sich wieder in der Gebärde der Sieger; aber das verächtelt den Aukliberalen, der Schlotbaronefratze nichts. Sie sind heilfroh, so rasch wieder den Anschlag nach rechts gefunden zu haben!

Ebensowenig sieht es sie an, daß auch nur von der gelindesten Sühne für die Zaberener Staatsstreichereien nicht von ferne die Rede sein kann. Von der einzigen wirklichen Maßnahme, der Regimentsverlegung, bleibt es zweifelhaft, ob sie nicht gerade die in erster Linie die Sühne Heischenden trifft und treffen soll. Von irgendeinem Vorgehen gegen den Haupt-schuldigen Deimling verlaute keine Silbe. Die Reuter und Forstner sollen aber nur „suspendiert“ sein, bis das gegen sie eingeleitete Verfahren seinen Abschluß gefunden hat. Diese Suspendierung kommt aber eiliche Posttage zu spät. Und welche Strafe der Angeklagten vermutlich harrt, davon hat doch schon die „Schwere“ Bestrafung des Forstner und seines Sergeanten einen lieblischen Vorgeschmack gegeben. Diese Bestrafung für den großen Rekruten ausgeübten infamen Zwang zur Selbstbeschimpfung, für die direkt geübte Rekrutenbeleidigung und die unter Verheißung einer Prämie erfolgte Aufforderung zum Morde eines „Mades“, die so „schwer“ sein sollte, daß man sie nicht einmal im Reichstage mitteilen wollte, hat nach der offiziellen „Nordd. Allg. Ztg.“ bekanntlich in „Arrest“ bestanden. In einer Arreststrafe, die sich der famose Königsleutnant Forstner dann durch umfangreiche Konfessionen unter militärischer Bedeckung zu verführen suchte. Wenn die Sühne für die Staatsstreichereien ebenso schwer ausfällt, so können die jüngsten Leutnants sich schon die Säbel schleifen lassen, um demnächst eine ähnliche Geldentatade gegen die Bürgerfanaille zu verüben!

Aber das Bürgertum, das sich ja am 4. Dezember noch in theatralischer Gebärde zu einer parlamentarischen Demonstration aufgeregt hatte, will nur einmal zusammenknicken, um nur ja nicht zu einer wirklichen parlamentarischen Tat gezwungen zu werden. Das Zunkerturn aber versteht sich auf das politische Komödientenspiel so trefflich, daß es sich schon im gleichen Moment zum listigen Partnertum bereit finden läßt. Erklärt doch, nach ihrem frechen Triumphtitel vom Sonntag, auf einmal tiefbetäubt die „Deutsche Tageszeitung“, daß der Sieg des Militärabsolutismus doch nur ein fragwürdiger sei und daß es leider den Anschein habe, als ob Regierung und oberster Kriegsherr den Befehl des Reichstages allzusehr nachzugeben bereit seien. Die Zunker wollen den Nationalliberalen und unseren ultramontanen Selben für ihren angekündigten Rückzug goldene Brücken bauen!

Wollen die bürgerlichen Parteien im Jahre 1913 wirklich ebenso feige und verräterisch zurückweichen wie im Jahre 1908, so mögen sie das tun. Die Sozialdemokratie wird ihnen ihr verbissenes Schelmenspiel nicht erleichtern! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird im Geantel alles tun, um den beschämten jämmerlichen Verrät an den Volkswächtern an den historischen Schandpfahl zu nageln! Die sozialdemokratische Fraktion wird nämlich bei der am morgigen

Dienstag beginnenden Etatsberatung folgende bereits gestellte Anträge in den Vordergrund rücken:

Unter Artikel 17 der Reichsverfassung sind folgende Bestimmungen einzufügen:

Artikel 17 a.

Der Reichskanzler ist für seine Ausführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.

(In weiteren Artikeln 17 c bis 17 i werden dann Vorschriften über die praktische Durchführung der Verantwortlichkeit, Anklage des Reichskanzlers, Verfahren gegen ihn, Schadenersatz usw. gegeben.)

In Artikel 11 Absatz 2 der Verfassung des Deutschen Reiches sind hinter den Worten „zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs“ die Zustimmung „und des Reichstages“ (erforderlich).

Unter Artikel 23 der Reichsverfassung wird nachfolgender Artikel eingefügt:

Artikel 23 a.

Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranlassen, die sie zur Klärung der Tatsachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren.

Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeitverläumnisse und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgeheimlich festgesetzt wird.

Bei der Beratung des Militärstats werden die auf die Demokratisierung des Heeres abzielenden Anträge, wie bereits bei der letzten Gesetzesvorlage, zur Erörterung gestellt werden.

Zentrum und bürgerliche Linke werden also gezwungen sein, Farbe zu bekennen. Mit Redensarten und Behmännischen Beschwichtigungsphrasen werden sie sich nicht aus der Patz herausheilen können. Es wird bald ganz offenbar werden, ob das „demokratische“ Zentrum und der Liberalismus den Reichstag als ein Parlament betrachten oder nur als die von unseren junkerlichen Absolutisten mit Recht so verächtlich behandelte Schwatzbude!

Zabern — Schluß!

Unter dieser Epithete teilt der „Deutsche Kurier“ mit, daß der Fall Zabern, soweit die offiziellen Stellen in Frage kommen, im Reichstag nicht mehr zur Erörterung gelangen werde. Von „zuverlässiger Seite“ hört das Blatt, daß der Reichskanzler am Dienstag lediglich über die auswärtige Lage sprechen und auf Zabern nur zurückkommen wird, falls es in der Besprechung erforderlich werden sollte.

Letzteres wird tödlicher eintreten, denn wenn der Reichskanzler es nicht der Mühe wert halten sollte, über die Resultate seiner Reise nach Donauerschingen Auskunft zu geben, dann wird er derart eindringlich danach gefragt werden, daß er sich vor einer Antwort nicht drücken kann. Ob also die Debatte über Zabern weiter gesponnen wird oder nicht, das hängt zum Glück nicht von den Wünschen und Absichten der Regierung ab.

Forstner frei — seine Opfer eingekerkert!

Die „Post“ läßt sich aus Straßburg telegraphieren: Das kriegsgerichtliche Verfahren gegen die sechs Zaberener Rekruten, welche die Ausrufungen des Leutnants von Forstner dem französischen (?) Blatte übermittelte hatten, lautet auf Subordination und Zuwiderhandlung gegen einen dienstlichen Befehl. Von den beschuldigten sechs Rekruten befinden sich drei noch immer in Haft, weil diese auch unter der weiteren Beschuldigung zum militärischen Aufruhr stehen. (1) Die Verhandlung findet in der dritten Dezemberwoche statt. Zuverlässigsten Feststellungen zufolge waren die schuldigen Rekruten vor ihrer Einlieferung organisierte Mitglieder der sozialdemokratischen (1) Gewerkschaften.

Die Wahlen in Bulgarien.

Von Janko Salasoff, Sofia.

In Bulgarien finden am 7. Dezember (24. November a. St.) die Wahlen zur Volkvertretung statt. Die Wahlbewegung war sehr erregt und mit Spannung sieht das Land dem Resultat entgegen.

Im Mittelpunkt der Wahlagitatorik steht die Abrechnung mit den Schuldigen der nationalen Katastrophe. Seit einem Monat ist darüber Material in Höhe und Fülle veröffentlicht worden und jede Seite hat natürlich das Bestreben, sich von jeder Schuld

rein zu waschen. Die Parteien der vorigen Regierung weisen insbesondere darauf hin, daß der Befehl des verhängnisvollen Angriffs nicht von der Regierung ausgegangen sei, sondern vom Hauptkommando, d. h. vom König. Die jetzige Regierung dagegen wälzt alle Schuld auf die frühere ab. Aber niemand in Bulgarien ist darüber im Zweifel, wo der allein Schuldige zu suchen ist. Die Schuld des Königs ist nicht zu verbergen und diese Erkenntnis bringt überall in der Bevölkerung durch.

Es handelt sich aber nicht um diesen Einzelfall allein, sondern um die Abrechnung mit dem ganzen System des persönlichen und oligarchischen Regiments, dem bisher alle regierenden Parteien gehuldigt hatten, und das die Verantwortung für die bisherige Misregierung trägt, die den Krieg mit der Türkei und mit den Verbündeten verschuldet hat und all das schreckliche Elend, das die Soldaten und ihre Zurückgebliebenen ertragen mußten. Alles, was das Volk als ungerecht, gewalttätig und abscheulich während des Krieges empfunden hat, gibt ihm jetzt die Wahllosung; Weg mit den alten Expresserparteiern, es leben die Sozialisten!

Der Krieg, der 11 Monate hindurch alle Schichten der Bevölkerung in den gleichen entsetzlichen Zuständen verbarren ließ, gab der ländlichen Bevölkerung die Gelegenheit, die Sozialisten und ihre politischen Anschauungen näher kennen zu lernen. Wir hatten keine anderen Freunde und Helfer während des Krieges als die Sozialisten, sagen die Bauern und massenhaft strömen sie der roten Fahne zu. Die bereits vor einem Monat stattgefundenen Gemeindevahlen haben dem bulgarischen Sozialismus einen schönen Erfolg gebracht, mehr als 1500 Gemeinderäte wurden gewählt. Und diese Stimmung steigert sich jetzt um so mehr, je näher der Zeitpunkt der Sobranjewahlen rückt. Unsere Agitatoren sind einfach erdrückt von dem Massenandrang der Bauern. Wir haben weder die nötigen Kräfte, all diese Ansprüche nach sozialistischen Rednern zu befriedigen, noch haben wir die Mittel, die nötigen Flugblätter unter den Massen zu verbreiten. So wandern unsere Agitatoren zuweilen 20 bis 30 Kilometer weit zu Fuß, um eine nächste Bauernversammlung abzuhalten und die länglichen Flugblätter zu sparen.

Und doch, es geht und wird vortrefflich gehen, wenn wir nur imstande sein werden, die so günstige Wahlstimmung technisch zu einem guten Ende zu führen. Wir haben jetzt in Bulgarien zum ersten Male die allgemeine Verhältniswahl, denen unsere politische Organisation nicht gut angepaßt ist. Denn die königliche Regierung, die auf keine Stütze in der Bevölkerung rechnet, arbeitet mit den gewaltigsten Wahlbeeinflussungen, was bei der Zersplitterung unserer Kräfte in vielen tausenden Gemeinden und kleinen Orten, wo die Wahlen stattfinden werden, immerhin nicht unbedeutlich erscheint. Aber trotzdem rechnen wir auf einen sehr großen Erfolg. In dem bisherigen Parlament hatten wir nur einen Vertreter, jetzt rechnet man allgemein auf 12 bis 20 Vertreter nur für unsere Fraktion, und wenn die andere Fraktion es bis auf 10 Vertreter bringt, dann wird das fünfsüßige bulgarische Parlament 25 bis 30 sozialistische Abgeordnete zählen. (Gen. Salasoff ist einer der Führer der sogenannten „Weißherzigen“, der mehr opportunistischen Richtung der leider immer noch gespaltenen bulgarischen Arbeiterpartei. Die „Engherzigen“, die radikalere Richtung, sind bisher im Parlament nicht vertreten. Die Red.) Diese dem Sozialismus günstige Wahlstimmung wird sich freilich in der Zukunft nicht leicht auf derselben Höhe halten lassen. Aber die Ursachen der jetzigen Wahlstimmung werden noch viele Jahre bestehen bleiben, da es augenblicklich keine andere politische Partei in Bulgarien gibt, die die Stimmung und die Interessen der Massen so verkörpert, als die sozialistische Partei. Die herrschende liberale Konzentration (Stambulowisten, Radostawisten und Tontschewisten) besteht aus Parteien, deren Führer von dem höchsten nationalen Gericht wegen Mißbrauchs ihrer Amtsgewalt und Veruntreuung von Staatsgeldern verurteilt worden sind (Radostawoff und Tontschew) und die übrigen, wie der Stambulowist Ghemadiew und der Generalissimus Savoff stehen jetzt vor der Anklage wegen verübten Staatsverbrechens. Die Rolle, die die jetzige Regierung zu spielen hat, ist in Bulgarien allbekannt. Sie hat die Aufgabe, den König Ferdinand und damit sich selbst vom politischen Tode zu retten. Weder im Innern noch auch im Auslande findet sie eine feste Stütze. Ihre Rassenfeindschaft und Oesterreichfreundschaft sind längst veraltet und verbraucht. Niemand gibt auch nur einen Pfennig dafür. Die gefürchtete Koalition von konservativen Volksparteiern (Radonnik) und Progressisten (die Partei Danessoff) ist zwar nicht ganz abgetan im Volke — besonders die ersten haben noch einigen Anhang —, aber gegenwärtig und noch für lange Zeit werden sie keinen großen politischen Einfluß ausüben. Die Demouroten (Partei Malinoff), die eine Mittelstellung in inneren wie äußeren Fragen einnehmen, die geheim mit dem Könige gehen und öffentlich mit dem Volke kokettieren, werden jetzt auch keinen Erfolg haben, aber für die Zukunft bleiben sie die einzig mögliche regierende Partei. Die Bauernbündler werden dank ihrer Demagogie guten Erfolg bei diesen Wahlen haben; viele ihrer Parteigänger waren aber vor Jahren unsere Mitläufer und kommen jetzt wieder zu uns. Schließlich sind da noch die Radikalen, eine doktrinaire politische Gruppe ohne größere politische Bedeutung.

Bei dieser Konstellation der Parteien und bei der ungeheuren schweren und verwickelten inneren und äußeren Lage des Landes nach dem Kriege und der Katastrophe werden die arbeitenden und von der schweren Last erdrückten Volksschichten keinen aufrichtigeren und hilfsbereiteren Freund haben, als den bulgarischen Sozialismus. Dies allein wird genügen, den von ihm gewonnenen Vorprung im politischen Bewußtsein des Volkes auch weiterhin zu behaupten. Vor allem aber gilt es jetzt, den begonnenen Kampf zum guten Ende zu führen. Da die Regierung bei diesen Wahlen eine genügende Mehrheit bekommen oder

ob sie geführt und eine neue Koalitionsregierung gebildet wird, ist schwer vorzusagen. Aber eins ist sicher. Das kommende Parlament wird sein langes Leben haben können. Bulgarien, Staat und Einwohner, gehen einer Periode langer, schwerer innerer Erschütterungen und Zusammenstöße entgegen, die in engem Zusammenhang mit der äußeren Situation stehen werden. Der Sozialismus aber ist bereit für jede Eventualität. Er allein kann in dem Zusammenbruch, der die Schulden erreicht, den er allein vorausgesehen hat, mit reinem Gewissen und unerschütterlicher Überfahrt dem Volkserlöser entgegenstehen. Und mit erneuter Kraft kann er seine völkerverfeindende Rolle auch in unserem vielgeplagten Wetterwinkel wieder aufnehmen und zu Ende führen.

Ein Sieg der Sozialdemokratie.

Sofia, 7. Dezember. Die allgemeinen Wahlen für die Sobranje haben heute stattgefunden. Die Wahlen erfolgten auf Grund des Systems der Proportionalvertretung, das in Bulgarien zum ersten Male zur Anwendung gelangt. Es eignete sich kein Zwischenfall. Die Regierung dürfte infolge der Wahlbeeinflussungen über eine Majorität verfügen, doch dürfte diese erheblich hinter ihren Erwartungen zurückbleiben. Die linksfreundlichen Parteien haben schlecht abgeköhnt. Die Sozialdemokratie hat in den Städten überraschend große, aber auch auf dem Lande bemerkenswerte Erfolge aufzuweisen. Die endgültigen Ergebnisse werden kaum vor Dienstag bekannt sein.

Kombinationen.

Paris, 7. Dezember. (Fig. Ver.)

140 Mann zählt die „geeinigte“ radikale Fraktion der Deputiertenkammer. Also kaum die Hälfte der bürgerlichen Linken, aber doch ist sie zur Stunde eine entscheidende Macht. Dank ihrer Geschlossenheit hat Caillaux die Versuche Poincarés, mit Ribot oder Dupuy eine gemäßigte Linkspolitik zu sichern, die notwendig in die Bahn des Opportunismus der Briand und Barthou eingelenkt hätte, hintertrieben können. Noch ist es zur Stunde sehr fraglich, ob Doumergue, der Vizepräsident des radikalen Volkskongresses, bei den gemäßigten Politikern der Linken die notwendige Unterstützung finden wird, um ein Kabinett zu bilden, das sich wenigstens in seinem Programm zu einer entschieden radikalen Reformpolitik bekennen müßte, um die parlamentarische Hilfe der Sozialisten zu bekommen. Caillaux hat sich zum Minimalprogramm von Pau bekannt: Einkommen- und Besitzsteuer, antiklerikale Schulgesetzgebung und schrittweise Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit. Er will den Deklarationszwang der Steuerzahler, die Aufhebung des Rentnerprivilegiums der Steuerfreiheit, das Schulmonopol und allmähliche Vorbereitung der Militärreform mittels der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Für die Steuerreform, für den Schutz der Schule gegen den kirchlichen Terrorismus und für die Maßregeln zur Ueberwindung des Dreijährigesetzes könnte er auf die Unterstützung unserer Genossen zählen. Die Frage der Wahlreform aber scheint ein einheitliches Vorgehen der Linken auszuschließen. Wohl zeigt die Spitze erste Machtprobe den Radikalen die ungeheuren Vorteile einer gefestigten Organisation und nichts könnte der Organisation mehr zugute kommen als die Verhältniswahl. Aber gegen diese liegen die alten radikalen Hauptlinge unerbitlich im Feld, vor allem Clemenceau, der dabei jeden Tag über die Strebererei des Nachwuchses der Partei zeteriert, die doch die Folge des mangelnden Zusammenhangs zwischen Parteiorganisation und den Parlamentariern ist. In dem wird die Unmöglichkeit, in dem kurzen, noch übrigen Rest der Gesetzgebungsperiode auch die nicht nur im Senat bekämpfte, sondern auch in ihrem von der Deputiertenkammer beschlossenen Text arg verprügelte Reform fertig zu bringen, immer klarer, und es sind vor allem die reaktionären und großkapitalistischen Blätter, die jetzt, in ihrer Furcht vor einer Regierung entschiedener Linkspolitik, diesen Gegensatz unterstreichen.

Die Festigkeit, womit diese Presse — und mit ihr die der Briandischen Clique — gegen die geeinigten Radikalen loszieht, ist in gar keinem Verhältnis zu den augenblicklichen Möglichkeiten einer radikalen Politik. Es ist geradezu grotesk, wenn gemäßigte und nationalistische Blätter Caillaux und seine Leute des verfassungswidrigen Verhaltens und der Einführung eines die Sicherheit der Republik bedrohenden Vetos bezichtigten, weil die geeinigten Radikalen die Teilnahme an einer Regierung der Konzentrationspolitik ablehnen und ihr die Opposition ankündigt. Als ob es unter dem parlamentarischen System Pflicht werden könnte, Ministerposten anzunehmen und in die Mehrheit einzutreten! Aber die Zeternden wissen dabei ganz gut, daß ganz besonders in der radikalen Hauswirtschaft nichts so heiß gegessen wird, als es gefochet wurde und daß jedenfalls von den großen Reformen zumindest die der Armee vor den Neuwahlen nicht einmal mehr bis zu parlamentarischen Vorschlägen geduldet kann. Auch die Erledigung der Einkommensteuer scheint bei den Widerständen, denen sie im Senat begegnet, gar nicht wahrscheinlich und die Ueberzeugung davon hat wohl — neben der erkannten Schwindelhaftigkeit der Vaiffe-Treiberei — nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß statt des erwarteten und von der Börse als schlagendes Argument ersehnten Kurssturzes nach dem Fall des Ministeriums nur ein ganz vorübergehendes Schwanken eingetreten ist. Aber das erneute — wenn auch vielleicht nicht dauernde — Regime des Linksradikalismus wäre eine offene Niederlage des durch Poincaré personifizierten Reaktionsnationalismus, eine Beförderung der militaristischen Waffensuggestion, mit der man sich ein paar Jahre lang solche Nähe gegeben hat.

Ob eine entschiedene Abkehr von der militaristischen, imperialistischen und antidemokratischen Politik im Augenblick Aussicht hat, ob insbesondere in der Demokratie derzeit die Kräfte vorhanden sind, die unvermeidliche Auseinandersetzung mit der mächtigen Organisation der militarischen Hierarchie siegreich zu bestehen, möchte zweifelhaft scheinen. Aber in diesen Kampf, der nicht von heute und morgen ist, können ideale Mächte eingreifen, die die wirtschaftliche Entwicklung erzeugt. Das Milliardendefizit ist eine Erscheinung, die auch durch halbe Reformen und durch Sparwirtschaft nicht zu bannen ist. Man erinnere sich nur an die Epoche vor der großen Revolution, wo zwei Jahrzehnte finanzieller Korruption und Umsicht den Sturz in den Abgrund nicht zu hemmen vermochten.

Das Ministerium Doumergue.

Paris, 8. Dezember. Doumergue hat dem Präsidenten Poincaré mitgeteilt, daß er die Kabinettsbildung annehme.

Das Ministerium ist endgültig gebildet wie folgt: Vorsitz und Auswärtiges Doumergue; Justiz: Bienvenu Martin; Inneres: Renaud; Finanzen: Caillaux; Krieg: Nourens; Marine: Ronis; Öffentlicher Unterricht und schöne Künste: Biviani; Handel sowie Post und Telegraph: Malby; Öffentliche Arbeiten: Ferdinand David; Ackerbau: Raynaud; Kolonien: Lebrun; Arbeit und soziale Fürsorge: Letin.

Zu Unterstaatssekretären wurden ernannt: für das Inneres: Raoul Peret; Krieg: Maginet; Handelsmarine: Ajam; das Unterstaatssekretariat des Finanzministeriums wird abgeschafft, das der schönen Künste soll morgen besetzt werden, wahrscheinlich mit Abel Ferry oder Jacquier.

Die Deputiertenkammer hat sich bis Donnerstag vertagt.

Politische Uebersicht.

Wieder ein Zwischenfall in den Reichsständen.

Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Saarburg in Lothringen mitgeteilt wird, hat dort am Sonnabendabend ein angetrunkenen Veterinär eine Zivilperson durch einen Schlag mit der Hand beleidigt. Der Veterinär ist wegen Trunkenheit außer Dienst schwer bestraft worden, auch ist sofort wegen groben Disziplinarvergehens begut. wegen Beleidigung die gerichtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden.

Ein Vorspiel für die Handelsvertragöverhandlungen mit Rußland.

Die russische Regierung stimmt seit einiger Zeit auf Maßnahmen, um die Wirkungen des deutschen Einfuhrsystems auf den russischen Außenhandel in Getreide zu brechen und sich zugleich für den Abschluß eines neuen Handelsvertrages eine günstige Position zu sichern. Der russische Nationalökonom Professor Sobolew schlägt, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Petersburg gemeldet wird, zu diesem Zweck der russischen Regierung folgende drei Maßregeln vor. Erstens soll ein Getreideeinfuhrzoll nach Rußland und Finnland, dessen Projekt vor wenigen Tagen das Kabinett paßiert hat, in nächster Zeit der Reichsduma vorgelegt werden. Zweitens wird ein Ausfuhrzoll auf Weizen, Hafer, Gerste, Kleie und andere Abfälle zu Futterzwecken vorgeschlagen. Drittens kommt das vom Vertreter des Ackerbaureferats in Deutschland, Herrn v. Schall, vorgeschlagene Verbot der Freizügigkeit für russische Feldarbeiter nach Deutschland in Betracht. Von diesen drei Vorschlägen beabsichtigt die Regierung, alle drei zu verwirklichen, obgleich der zweite auf einige Opposition der russischen Agrarier und der dritte auf den Protest der Duma stoßen wird, weil die Bauern des Westgouvernements dadurch empfindlich geschädigt werden.

Alle Maßregeln würden die deutsche Landwirtschaft schwer schädigen, den russischen Agrariern aber gewisse Vorteile, wie Herabsetzung der Löhne, bringen und schließlich die ganze Last des wirtschaftlichen Kampfes mit Deutschland auf die Arbeiterklasse überwälzen.

Aus dem Meininger Landtag.

In der letzten Sitzung kam es bei Beratung der vom herzoglichen Wild in den Forsten Fleh und Altenstein verursachten Wildschäden zu erregten Szenen. Der von einer Kommission untersuchte Schaden beträgt 146 797 M. Genosse Eschardt beantragte, die Jagdverträge mit der Hofverwaltung zu kündigen und in die neuen Verträge die Beseitigung des Wildschadens einzuführen. Genosse Hofmann stellte außerdem den Antrag, mit der Hofverwaltung wegen der Bezahlung des obigen Wildschadens in Unterhandlung zu treten.

Die bürgerliche Mehrheit des Landtages, die selbst für Feststellung des Wildschadens eingetreten war und in Konsequenz dessen auch für die Bezahlung der Wildschäden durch den Herzog hätte eintreten müssen, fiel jedoch wieder einmal um. Der Referent bemerkte zwar, der Finanzausschuß sei erschrocken über die Höhe der Schäden; da der Herzog aber vom 1. Januar 1913 an eine höhere Pacht und jährlich 6000 M. Entschädigung zahlen wolle, so sei der Ausschuß nicht für die Forderung eines Prozesses eingekommen. Den Antrag vom Hofmann stimmte die bürgerliche Majorität nieder, indem sie ihn, weil er den Ausschuß noch nicht beschäftigt habe, für geschäftswidrig erklärte. Genosse Hofmann nahm darauf die Gelegenheit wahr, mit den bürgerlichen Abgeordneten und den Regierungvertretern gründlich abzurechnen. Als sich der Staatsminister darauf berufen fühlte, unseren Genossen wegen angeblich „ungeziemenden“ Ausdrücken gegen den Herzog zu zensurieren, erhob sich die Rechte und spendete demonstrativ Beifall.

Das Ende der braunschweigischen Welfenpartei.

Die braunschweigische weifische Landratspartei hat gestern auf einem in Braunschweig abgehaltenen Parteitag ihre Auflösung beschlossen, da die Ziele, die sich die Partei gesteckt hatte, mit dem Einzug des Herzogs erreicht seien. Ein Teil der Mitglieder widersprach der Auflösung, weil man den Herzog vor dem Einfluß der „aaglaten“ und „schweißbedelnden“ Nationalliberalen bewahren möchte, drang aber mit diesem Widerspruch nicht durch.

Agrarischer Geschäftskönn.

Um die so vielgerühmte Anhänglichkeit unserer Agrarier an die angestammte Scholle ist es bekanntlich in der Praxis recht windig bestellt. Sobald ihnen nur einigermaßen annehmbare Angebote gemacht werden, pfeifen sie auf die heimatliche Scholle. Besonders in der Provinz Hannover ist der Güterhandel sehr lebhaft, wobei die Tatsache recht bezeichnend ist, daß die gewerdbemühigen Güterhändler den Hauptanteil an diesem einträglichen Geschäft haben, zum großen Leidwesen der maßgebenden Kreise der hannoverschen Landwirtschaft, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre Bedenken gegen diese Art Veräußerung zum Ausdruck bringen. So auch jüngst wieder in der „Hannoverschen Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung“, dem amtlichen Organ der Landwirtschaftskammer, die im Anschluß an die Mitteilung über einen Gutsverkauf im Lande Habeln schreibt:

Wenn nun nicht die Steiner Landwirte sich zusammenschließen und, wie es Gott sei Dank jetzt schon öfters vorkommt, jede Kaufbeteiligung ablehnen, dann wird dort auch wohl ein ähnlicher Grundstücksdeal einziehen, wie man ihn bereits in Ostschon des Kreises Lahn in der letzten Zeit hat erleben müssen. Darüber kann kein Zweifel herrschen, daß die gewerdbemühigen Güterhändler in erster Linie mit dazu beitragen, daß viele Landwirte immer mehr in dem angestammten Grundbesitz eine Handelsware sehen, die man, sobald sich die Gelegenheit bietet, möglichst günstig veräußert.

Die Klagen der „Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung“ werden ungehört verhallen. In Geldsachen haben sich unsere Agrarier noch nie von Gewissensstruppen leiten lassen.

Dürfen Kriegervereinsmitglieder sozialdemokratisch wählen oder einem Konsumverein angehören?

Diese Frage hat auf Veranlassung des Vorstandes des Eiberfelder Kriegerverbandes der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes in Berlin wie folgt beantwortet:

Die von dem Vertreter des Ausschusses des Kriegerbundes im September 1901 beschlossenen und von dem Abgeordnetentag des

Preussischen Landes-Kriegerverbandes 1903 in Hirschberg angenommenen Grundsätze über die vaterländischen Aufgaben der deutschen Kriegervereine haben auch für die Kommunalwahlen Geltung, denn die Wahl eines Sozialdemokraten in einen städtischen Vertretungskörper bedeutet gleichfalls eine Unterstützung der Sozialdemokratie. Hiernach müssen Mitglieder von Kriegervereinen, die bei kommunalen Wahlen einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben, aus dem Kriegerverein entfernt werden, wenn sie es nicht vorziehen, freiwillig auszuscheiden. Die Zugehörigkeit von Mitgliedern eines Kriegervereins zu einem Konsumverein, welcher, wenn auch in erheblichem Umfang, sozialdemokratische Mitglieder hat, reicht nicht aus, um die betreffenden Mitglieder aus dem Kriegerverein auszuschließen, denn solange jemand lediglich in Wahrnehmung seiner persönlichen materiellen Interessen sich einer Vereinnahmung anschließt, welche das materielle Interesse ihrer Mitglieder zu fördern bestimmt ist, kann hieraus ein Vorwurf nicht gemacht werden. Anders stellt sich das Bild, wenn der betreffende Konsumverein aufhört, nur rein wirtschaftliche Interessen seiner Mitglieder zu fördern, sondern politische Zwecke verfolgt. In solchem Falle würden unsere Mitglieder erst darauf hinzuweisen sein, daß sie tatsächlich durch ihre Mitgliedschaft die sozialdemokratischen Bestrebungen fördern, und sie würden aufzufordern sein, ihre Mitgliedschaft bei dem Konsumverein aufzugeben. Erst wenn sie das nicht tun, würde mit Ausschließung gegen sie vorgegangen sein.

Also: Sozialdemokratische Stimmzettel dürfen die Kriegervereiner bei Wahlen nicht abgeben, doch werden sie als Mitglieder eines Konsumvereins unter gewissen Bedingungen bis auf weiteres gnädig geduldet. Denkende vorwärts strebende Arbeiter werden aus diesem neuesten Kriegerverbandsakt die Konsequenz ziehen und, soweit sie noch einem Kriegerverein angehören, diesem den Rücken kehren. Arbeiter, die die Lage und die Aufgabe ihrer Klasse begreifen haben, gehören nicht in einen Kriegerverein.

Protestaktion gegen den Deutschen Kriegerbund.

Um die Kriegervereine leistungsfähiger zu machen, ist auf der Breslauer Tagung des Deutschen Kriegerbundes eine Erhöhung der Beiträge beschlossen worden. Als Protest gegen diese Beitragserhöhung hat der Oldenburgische Kriegerbund beschlossen, mit seinen 20 000 Mitgliedern aus dem Deutschen Kriegerbund auszutreten.

Der Kampf der Parteien in Mexiko.

Nach einem Telegramm des „New York Herald“ aus der Stadt Mexiko wird der Kampf zwischen Bundesstruppen und Konstitutionalisten auf beiden Seiten mit unerhörter Grausamkeit geführt. Der Chef des Transportwesens der Bundesstruppen, General Cardero, der wieder in Mexiko eingetroffen ist, schildert die furchtbare Katastrophe bei Santa Helena, wo die Revolutionäre die beidenzüge mit Bundesstruppen durch Dynamit in die Luft sprengten. 108 Soldaten und 20 Frauen wurden auf der Stelle getötet und zum Teil gräßlich verhämmelt, während die übrigen von den Rebellen unbarbarisch niedergemacht wurden. Hauptmann Della Pena wurde von den Rebellen unter Martern, die an die Inquisition des Mittelalters erinnern, getötet. Bei lebendigem Leibe wurde ihm die Zunge herausgerissen, die Ohren abgeschnitten und die Augen ausgestochen. Die Bundesstruppen rächten sich an ihren Befangenen auf die gleiche grausame Weise.

Oesterreich.

Der Hundschußparagraf im Wiener Gemeinderat.

Der christlichsoziale Dr. Kataja, dem sein Parteigenosse Kunstschaf das Reichsratsmandat unseres Genossen Schumacher freigezogen hat, bemüht seine Amnunität so allerhand gefährlichen Schimpfereien. Als er das auch im Wiener Gemeinderat gegen einen Liberalen verübte, der eine dunkle Affäre des Kataja aufgedeckt hat, bezeichneter Genosse Skaret den Kataja als eine Schande für seine Partei. Dafür wurde Skaret auf vier Sitzungen ausgeschlossen. Das Gemeindestatut bestimmt, daß Nichtbefolgung einer solchen Ausschließung den Verlust des Mandats und der Wählbarkeit auf zwei Jahre nach sich zieht.

Belgien.

Verfassungsrevision und Wahlrecht.

Die belgische Arbeiterpartei beschäftigt sich augenblicklich mit der Organisation der Petition für die Verfassungsrevision und das Wahlrecht. Ein Heer von Propagandisten, denen ein reiches Aufklärungsmaterial zur Verteilung übergeben wird, um die gleichgültigen und unwissenden Kreise aufzuklären und aufzurütteln, wird die Sammlung der Unterschriften betreiben. Jede Liste hat Raum für zwanzig Unterschriften. Die Petitionsformel lautet: Der unterzeichnete großjährige Belgier stellt an die Kammer das Ersuchen um Durchführung einer Verfassungsrevision zum Zweck der Einführung des allgemeinen Wahlrechts mit Ausschluß aller Privilegien. Vor Abfassung der Unterschriften werden Zirkulare verschickt werden, die den Zweck der Petition — bekanntlich ein Beschluß der belgischen Partei — erklären. Damit ist gesagt, daß es der Partei nicht allein um eine Massenbeteiligung schlechthin zu tun ist, sondern auch darum, daß jede Unterschrift den Vollwert eines Urteilenden darstellt.

Die Komitees, denen die Leitung der Petitionsbewegung obliegt, sind eifrig an der Arbeit, und in vielen Teilen Belgiens, so auch in Brüssel ist die Organisation im vollen Gange. Für die nächste Zeit sind vielfach Propaganda-versammlungen und Zusammenkünfte in Aussicht genommen.

Holland.

Die Staatsdebatten.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die erste Woche der Staatsberatungen in der Zweiten holländischen Kammer ist vorüber. Sie haben bei den bürgerlichen Parteien noch nicht viel mehr gebracht, als die kleinlichsten Kaybalgereien um die mehr oder weniger schönen Mittel, die in der Wahlkampagne benutzt worden sind. Den Gipfelpunkt erreichten die Debatten durch die wirkungsvolle, mehr als fünfstündige Rede unseres Genossen Troelstra. Er legte u. a. die Gründe auseinander, weshalb die Sozialisten sich geweigert haben, in ein Kabinett mit bürgerlicher Mehrheit einzutreten. Der Redner legte hierbei eingehend den Klassencharakter der sozialistischen Politik im Gegensatz zu der Politik der bürgerlichen Parteien dar. Er teilte u. a. mit, die Abweisung der Ministerposten sei von einer ganzen Reihe ausländischer Parteigenossen gutgeheißen worden, und zwar nicht nur von den deutschen Genossen Kautsky, Scheidemann, Haase usw., sondern auch von dem Dänen Stanning, von den Belgiern Vandervelde, Ansele und Bertrand, von dem Engländer Ramsay MacDonald, also auch von Parteigenossen, die gemeinhin der reformistischen Richtung zugeteilt werden. Die Rede schloß mit einer ausdrücklichen Warnung an das Kabinett, das Zustandekommen der Reformen, auf die es sich verpflichtet hat, insbesondere die Reform des allgemeinen Wahlrechts nicht in Gefahr zu bringen durch das Aufwerfen der Streitfrage über den Militarismus, dessen Förde-

ung unvereinbar sei mit seinem Versuch, sich auf die demokratischen Strömungen im Volke zu stützen.

Rußland.

Aus den Dokumenten der Pogromregierung.

Ein interessanter Beitrag zu den wirklichen Absichten der Anführer des Weisprozesses wird in der sibirischen Presse veröffentlicht. Es ist ein vertrauliches Schreiben des Kiewer Gendarmerieoberwärters vom 2. Oktober d. J. unter Nr. 3448, an den Kiewer Gouverneur, der folgenden Wortlaut hat: „Wir befehlen uns, Ihnen mitzuteilen, daß in den Anzeigern im Kobal-Stadtteil in Kiew unter verschiedenem Pöbel, Arbeitslosen und überhaupt üblen Gestalten Gespräche geführt werden über einen bevorstehenden Judenpogrom, für den schon alles vorbereitet ist und nur der Zeitpunkt noch nicht festgesetzt ist. Nach diesen Gesprächen zu urteilen, sind einige Tausend Pogromisten vorhanden, denen während des Pogroms sich noch die kleinen Grundbesitzer anschließen werden. Auf ein Entgegenwirken der in Kiew stationierten Aral-Kosaken rechnen die Pogromisten nicht.“

Wie ersichtlich, war also alles für den Pogrom vorbereitet. Es erwies sich aber angehts der ungeheuren Erregung, die der Weisprozess ausgelöst hatte, nicht für ratsam, die Pogromisten in Aktion treten zu lassen. Die Regierung wollte nicht — und der Pogrom fand diesmal nicht statt!

Amerika.

Das amerikanische gegen das europäische Kapital!

London, 7. Dezember. Der amerikanische Votschafter Page hielt gestern abend hier im Savoy-Club eine Rede, in der er auf die Politik Bezug nahm, welche die Vereinigten Staaten ihren Nachbarn gegenüber beobachten. Er erklärte, die Vereinigten Staaten hätten ein Stadium der Entwicklung erreicht, in dem sie keine weiteren Gebietswerbungen zu machen wünschten. Sie hätten sich verpflichtet, ihren Einfluß dahin auszuüben, daß Amerika den Nationen gehöre, die es bewohnen. Die Vereinigten Staaten würden nicht zugeben, daß das Ausland irgend eine finanzielle oder industrielle Kontrolle über diese wirtschaftlich schwachen Nationen erlange, die sich selbst regieren wollten.

Zum Volksprotest gegen das Säbelregiment.

Die Parteileitung zu Hamburg-Altona hatte bereits am Freitagabend in elf großen Sälen öffentliche Versammlungen veranstaltet, die sämtlich stark besucht, in einzelnen Stadtteilen sogar überfüllt waren, so daß Tausende keinen Einlaß mehr finden konnten. Im Gewerkschaftshaus sprach der Abgeordnete des 1. Hamburger Reichstagswahlkreises, Genosse Stolte, vor über 2500 Personen. Ein Anarchist Schreyer, der in der Diskussion das Wort ergriff, um über unsere Milizforderung und die parlamentarische Tätigkeit allerlei ungemeines Zeug vorzubringen, wurde von Stolte unter allgemeinem Beifall abgeführt. In Warmbeck, Eimsbüttel, Eppendorfer Winterhude, wo die Versammlungen von je 2000 Personen besucht waren, referierten die Genossen Berner, Weinheber und Krause ebenfalls unter stürmischer Zustimmung. In diesen wie in den übrigen Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die dem Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler zustimmt, gegen die Ueberschneidung des Militarismus und Absolutismus protestiert und die Versammlung zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei verpflichtet. Derselbe Resolution wurde auch in Altona, wo die Genossen Herz und Winnig vor starkbesuchten Versammlungen referierten, angenommen.

Elberfeld. Sonntag vormittag fand eine große Demonstrationenversammlung gegen die Vorgänge in Javern und die Haltung der Regierung im Reichstage statt. Die Versammlung war von mehr als 3000 Personen besucht. Der Referent war der Reichstagsabgeordnete Löhnert. Weitere Versammlungen fanden statt in Hagen, Harts und Welbert. Hier referierten die Reichstagsabgeordneten König und Dittmann.

Düsseldorf. Die Protestversammlung war von 5000 Personen besucht. Es wurde nach dem Referat des Abgeordneten Haderland eine scharfe Protestresolution angenommen.

Frankfurt a. M. Nicht weniger als 7000 Personen erhoben im Circus Schumann Protest gegen die Vorgänge in Javern.

Chemnitz. Zu einer wichtigen Demonstration gestalteten sich die fünf Protestversammlungen, die die sozialdemokratische Parteileitung am Sonntag für den Stadtbezirk Chemnitz einberufen hatte, die Säle konnten die andrängenden Massen kaum aufnehmen. Die Empörung über das Willkürregiment der Soldateska in Elßah-Vorhingen stammte hell auf und einmütig kam der Wille zum Ausdruck, diese Säbelherrschaft zu brechen, die den Frieden des Volkes bedroht.

Solingen. Die Protestversammlung war schon vor Beginn überfüllt. 2000 Personen mögen im größten Saale Solingens anwesend gewesen sein. Hunderte wurden wegen Ueberfüllung nicht mehr eingelassen. Unter großem Beifall sprach hier Genosse Dreißel über die Militärdiktatur.

Bamsw. In der Versammlung im Restaurant „Zum Aurfischen“ referierte Landtagsabgeordneter Gen. Konrad Paenisch vor circa 700 Personen. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Interesse aufgenommen.

Weihenste. Die Versammlung im „Schloß Weihenste“ war von 1200 Personen besucht. Der Referent Genosse Otto Braun erntete mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall, namentlich mit aller Kraft sich der Jugendberziehung im sozialistischen Sinne zu widmen, um so dem bornierten und rücksichtslosen Militarismus sein schändliches Treiben zu legen.

Köln. Am Sonntagvormittag fand auch hier eine von circa 500 Personen besuchte Versammlung statt, in der Genosse Lohmann über die Säbelherrschaft in Javern sprach. Die Ausführungen des Referenten fanden starken Beifall.

Hamburg a. G. Zwei überfüllte Protestversammlungen protestierten gegen die Säbelherrschaft.

Sonneberg i. Thür. und Nordhans. In beiden Orten fanden überfüllte Versammlungen statt, die nach den Referaten der Abgeordneten Reichhaus und Henke scharfe Resolutionen gegen die Militärdiktatur annahmen.

Stettin. Sonntagvormittag sprachen in zwei überfüllten Versammlungen Reichstagsabgeordneter Vogler und Redakteur Schumann unter starkem Beifall über die Militärdiktatur in Deutschland. Die eingebrachte Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Frankfurt. Volksversammlungen fanden statt in Frankfurt und Sondershausen. Referent war Genosse Rosenfeld. Die Versammlungen waren gut besucht. In einer Protestresolution gegen das Säbelregiment wurde die Entlassung gefordert.

Mülheim. Hier fand eine sehr stark besetzte Versammlung statt. Auch hier war das Bürgerium nur ganz vereinzelt vertreten. Duisburg. Die Protestversammlung im Bingerparken war von circa 1500 Personen besucht. Das Bürgerium war nur vereinzelt

vertreten. Eine Resolution, in der zum Zusammenschluß gegen Militarismus und Aristokratie und zur Agitation für Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung der Volkswehr aufgefodert wurde, fand einstimmige Annahme.

Aus der Partei.

Zur sozialistischen Einigkeit in England.

London, 6. Dezember. (Fig. Berl.) Das Internationale Sozialistische Bureau wird nächsten Sonnabend, den 13. Dezember, in London eine Plenarsitzung abhalten, um die Tagesordnung für den Internationalen Kongreß in Wien festzusetzen und seine Bemühungen zur Herstellung der sozialistischen Einigkeit in England wieder aufzunehmen. Wie erinnerlich, gelang es den Vertretern des Internationalen Bureaus, am 18. Juli d. J. eine Einigungskonferenz von Vertretern der drei sozialistischen Gruppen Englands abzuhalten und diese zu einer einstimmigen Beschlusfassung zu veranlassen. In dieser Resolution erklärten die Delegierten, ihren respektiven Organisationen folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. jede sozialistische Organisation soll sich der Arbeiterpartei anschließen;
2. als erster Schritt zur völligen Verschmelzung der drei sozialistischen Organisationen ist ein Vereinigter Sozialistischer Rat zu gründen.

Konkret ausgedrückt, bedeutet der erste Vorschlag, daß sich die Britische Socialist Party (die frühere S. D. P.) der Arbeiterpartei anschließen hat. Die beiden anderen sozialistischen Organisationen, die Independent Labour Party und die Fabian Society, gehören ja schon seit jeher der Arbeiterpartei an.

Die in Frage kommenden Organisationen haben bisher noch keine Entscheidung getroffen, sondern nur ihre Vertreter ermächtigt, an den vom Internationalen Bureau geleiteten Verhandlungen weiter teilzunehmen. Aber die Entscheidungen der Organisationen, in erster Linie der I. L. P., von der allein eine tiefgreifende Aenderung ihrer bisherigen Haltung verlangt wird, werden ohne Zweifel von den Ergebnissen der kommenden internationalen Konferenz ganz wesentlich abhängen. Die Vorzeichen sind ersichtlich sehr günstig, viel günstiger, als sie je zuvor gewesen sind. Die merkwürdige Entwicklung der Solidarität der englischen Arbeiterklasse hat auch die sozialistischen Gruppen in ihren Bann gezogen. Bei den Municipal- und Parlamentswahlen der jüngsten Vergangenheit wirkten alle sozialistischen Sektionen und die Arbeiterpartei fast überall einmütig zusammen, die Streitigkeiten zwischen der I. L. P. und der N. L. P. scheinen gänzlich aufgehört zu haben, und die I. L. P. beginnt auch die Arbeiterpartei besser zu begreifen, was sich auch in dem neuen Geist, in dem die „Justice“ redigiert wird, kundgibt. Auch die I. L. P. verliert mehr und mehr das Mißtrauen, mit dem sie früher auf die Möglichkeit einer Vereinigung mit der I. L. P. blickte. — Der „Labour Leader“, das Organ der I. L. P., äußert sich diese Woche wie folgt:

Wir unersetzlich begrüßen die Anregung des Internationalen Bureaus. Die fundamentale Streitfrage zwischen der I. L. P. und der I. S. P. bezog sich auf die politische Methode; die I. L. P. hat sich zu politischen Zwecken mit den Gewerkschaften vereinigt, die I. S. P. aber lehnte dies ab. Wenn die I. S. P. jetzt bereit ist, der Arbeiterpartei beizutreten, dann ist ein Zusammenwirken möglich. Solange die I. S. P. ihre Kraft auf die Demagogik der Arbeiterpartei verwannte, konnte die I. L. P. aus Loyalität zu ihren gewerkschaftlichen Bundesgenossen nicht mit ihr zusammengehen. Die I. L. P. und die Fabian Society arbeiten natürlich seit langem eng und herzlich zusammen.

Der Anschluß an die Arbeiterpartei ist nicht gleichbedeutend mit Zufriedenheit mit der Arbeiterpartei. Die sozialistische Sektion der Partei sollte immer bezichtigt und bereit sein, zu kritisieren; dann nur durch gesunde Kritik werden die Mängel der Partei beseitigt werden. Aber solche Kritik muß freundlich und konstruktiv sein, nicht grausam und destruktiv; sie sollte von dem ehrlichen Bestreben erfüllt sein, die Bewegung aufzubauen und zu kräftigen, nicht sie zu schädigen und zu vernichten. Wenn die I. S. P. diesen Standpunkt akzeptieren will, dann kann sie von der I. L. P. auf ein ehrliches und herzlich willkommen innerhalb der Arbeiterpartei rechnen.

Ein ungetreuer Kassierer.

Bei einer auf Veranlassung des Gauvorstandes der sozialdemokratischen Partei der Pfalz vorgenommenen Revision der Kasse des sozialdemokratischen Vereins in Birnmasens wurde ein Fehlbetrag an der Höhe von 989,07 M. und ein Fehlbetrag an Marken von 1487,70 M. festgestellt. Diese Veruntreuungen des Kassierers Decker, die zum Teil bis auf das Jahr 1910 zurückdatieren, sind nur möglich geworden durch eine nahezu sträfliche Vertrauensseligkeit der revidierenden Instanzen, sowie durch eine plumpe raffinierte Strupellosigkeit des Decker in seiner Kassenerführung. Eine sich mit dem Vorfall beschäftigende Mitgliederversammlung beschloß die Stellung des Antrages auf Ausschluß und Anzeige der groben Veruntreuungen des Decker bei der Staatsanwaltschaft.

Der Schmeiclerfonds, den unsere österreichischen Genossen gesammelt haben, um Arbeitern die Erfüllung ihrer Bildungsbestrebungen zu ermöglichen, hat die Höhe von fast 17 000 Kronen erreicht. Aus den Zinsen soll 1914 drei Genossen der Besuch der Parteischule ermöglicht werden; wird eine Parteischule nicht abgehalten, so erhält die Zentralkasse für das Bildungsweesen 500 Kronen.

Ein neues Arbeiterheim in Wien.

Die österreichische Eisenbahnerorganisation hat im Verein mit dem Transportarbeiterverband ein neues prachtvolles Arbeiterheim gebaut. Die Bureaukolonien enthalten mehrere Säle und eine Anzahl Privatwohnungen, die jedoch nicht als Arbeiterwohnungen vertriehen werden konnten, weil das Heim sich an einer Stelle erhebt, wo der Grund und Boden sehr teuer ist. Mit diesem neuen Gebäude bestehen in Wien zurzeit schon vier große Arbeiterheime.

Totenliste der Partei.

In Zittau verstarb am Sonntag der Geschäftsführer unseres dortigen Parteiblattes, der Genosse Heimann, im 46. Lebensjahre. Der Verstorbene leitete Anfang der 80er Jahre die Holzarbeiterorganisation in Dresden. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes trat er in die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ein. Als verantwortlicher Redakteur zog er sich zwei Monate Gefängnis zu. Als Geschäftsführer der „Volkszeitung“ in Zittau war Heimann auch vier Jahre hindurch bis vor kurzem Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins des ersten sächsischen Reichstagswahlkreises. Heimanns Leiche wird am Mittwochvormittag 9 Uhr im Zittauer Krematorium eingäschert.

Soziales.

Das schweizerische Fabrikgesetz im Nationalrat zustande gekommen.

Am Sonnabend war die Schlussabstimmung im schweizerischen Nationalrat (Volkvertretung) über das neue Fabrikgesetz; der Rat stimmte einstimmig für den Kompromißentwurf der großen wirtschaftlichen Verbände — Arbeiterbund, Bauernbund, Industriellenverbände und Gewerbeverband.

Die Annahme des jetzt noch geltenden Fabrikgesetzes von 1877 wurde als Markstein der sozialen Entwicklung allseitig mit Freuden begrüßt. Anders steht es mit dem

revidierten Gesetz. Das Gesetz bringt die 59-Stunden-Boche, also täglich zehn und Sonnabends neun Stunden gesetzliche Maximalarbeitszeit, für Betriebe, die den Sonnabendnachmittag freigegeben, die tägliche Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden mit siebenjähriger Uebergangsfrist bis zur Einführung des zehnstündentages. Nach sieben Jahren wird die 56 1/2 stündige Arbeitswoche, je zehn Stunden die ersten fünf Wochentage und 6 1/2 Stunden Sonnabends das gesetzliche Maximum sein, wenigstens für Industrie mit Frauennarbeit. Weiter bringt das Gesetz die Erhöhung des Eintrittsalters für Arbeiterinnen auf fünfzehn Jahre und sonst für den Schutz von Frauen und Jugendlichen nicht viel mehr als die internationalen Konventionen ohnehin vorschreiben. Endlich wird die Möglichkeit von obligatorischen Schiedsgerichten und die absolute Unentgeltlichkeit sämtlicher Zivilprozesse zwischen Fabrikanten und Arbeitern geschaffen.

Das ist alles, was an Fortschritten zu verzeichnen ist. Sozialdemokratische Anträge auf Bestrafung jener Unternehmer, die das Vereinsrecht verletzen oder schwarze Listen benötigen, wurden abgelehnt. Es kam nur eine Resolution zustande, daß die Unterdrückung von Freiheitsrechten im neuen Strafgesetzbuch unter Strafe gestellt werden sollte.

Die Verhandlungen im Nationalrat standen unter dem Gefühl der Angst vor dem Referendum. Während nämlich in den Kantonen jedes Gesetz, bevor es rechtsgültig wird, zur Volksabstimmung kommen muß, ist die Verfassung des Bundes so reaktionär, daß nur eine Volksabstimmung vor sich gehen muß, wenn diese innerhalb sechs Monaten nach Parlamentsbeschluß von 50 000 Bürgern durch Unterschrift verlangt wird. Da aber die vier großen wirtschaftlichen Interessengruppen, die einzig die Macht haben, die 50 000 Unterschriften im Laufe eines halben Jahres zusammenzubekommen, dem Gesetzentwurf als einem Verständigungsprodukt noch vor der parlamentarischen Behandlung zustimmen, so erscheint es ausgeschlossen, daß das Referendum zustande kommt. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß eine Gewerkschaftsgruppe oder eine besonders reaktionäre Industriellengruppe die Unterschriftenammlung einleitet. Kommt es zur Volksabstimmung, so wird die Sozialdemokratie kaum ein Bedürfnis haben, mit Begeisterung für das Gesetz zu sechten.

Die wirtschaftlichen Interessengruppen innerhalb der regierenden Partei sind derart stark, daß diese Partei unfähig ist, irgend ein auch nur halbwegs fortschrittliches Gesetz zur Annahme zu bringen, obwohl bei den Wahlen sechzig Prozent der Wähler hinter ihr stehen. Das neue Fabrikgesetz und die deprimierende Wirkung der Debatten, bei denen immer das Gespenst des Referendums in die Säle blühte, sind Symptome des politischen Bankrotts der herrschenden Partei, der Radikalen.

Der Kriegoplan des Leipziger Metzerverbandes.

In gemeinsamer Sitzung tagten am Sonntag in Leipzig der Geschäftsausschuß des deutschen Metzerverbandes, der Aufsichtsrat, der Vorstand und die Vertrauensmänner des Leipziger Verbandes, um über die Situation zu beraten, die durch das Nichtzustandekommen einer Einigung zwischen Metzern und Krankenkassen geschaffen worden ist. Stundenlang wurden die Verdicke aus den Bundesstaaten entgegengesprochen. Sie waren natürlich mehr oder weniger scharf polemisiert. So interessierte die Mitteilung sehr, daß die Kruppische Betriebskassenkasse sich „mit den Gewerkschaften gegen die organisierten Metzereverbände“ habe. Ja, noch schärfer ist passiert: die Reichsregierung hat den § 370 der Reichsversicherungsordnung interpretiert. Hierzu erklärte die Zeitung, daß die jüngsten Ministerialerlasse eine Verschärfung des Kampfes bewirkt haben und daß der Regierung die Verantwortung zufällt für etwaige Gesundheitsstörungen durch die Heranziehung der Gehobenen und der anderen Personen von „hinreichender Zuverlässigkeit und Sachkunde“. Doch nicht genug mit diesem Hohn. Einstimmig wurde auch folgender Beschluß gefaßt:

Nachdem durch den Erlaß der drei preussischen Minister vom 2. Dezember 1913 die deutschen Metzerverorganisationen als vertrittende Partei ausgeschlossen werden sollen, halten es die am 7. Dezember 1913 in Leipzig versammelten Vertretungen der örtlichen Organisationen für eine einzig richtige Antwort, namentlich in Preußen und in allen Bundesstaaten, die den preussischen Erlaß annahmen, alle örtlichen Vertragsverhandlungen abzubrechen.

Der weitere Kriegoplan für die Zeit nach dem 1. Januar wurde nach den vorliegenden Meldungen noch wie folgt festgelegt: Die Versicherten gelten als Privatpatienten, die zu den ortsüblichen Sätzen der Privatpraxis behandelt werden. Gegenüber dem „von der Reichsversicherungsordnung den Kassen gebotenen Kampfparragraph 370“ sollen die Versicherungsämter gebeten werden, den Versicherten zu gestatten, daß ihre Kassenansprüche nach § 110 den Ärzten übertragen werden. Im Ablehnungsfalle soll von den Versicherten für die Krankenbehandlung ein Vorschuß gefordert werden.

Die Herausforderung der Versicherten durch den Leipziger Metzerverband wird bei den Versicherten nur eine Stimme der Entrüstung hervorrufen. Wann endlich wird die Regierung dazu gelangen, Behandlungszwang einzuführen oder die Besoldung aus Reichsmitteln zu übernehmen.

Letzte Nachrichten.

Amerika für das Rüstungsfeierjahr.

Washington, 8. Dezember. (B. T. B.) Das Repräsentantenhaus hat mit großer Majorität eine Resolution angenommen, in welcher Präsident Wilson ersucht wird, Churchills Anregung betreffend die internationale Rüstungspause im Bau von Schlachtschiffen zu unterstützen, soweit dies mit den Interessen der Vereinigten Staaten vereinbar sei.

Die tschechische Sozialdemokratie für die nationale Einheit.

Prag, 8. Dezember. (B. T. B.) Der Kongreß der tschechischen Sozialdemokraten hat eine Resolution angenommen, in welcher zur Erhaltung des internationalen Gleichgewichts und des Friedens und insbesondere im Interesse des tschechischen Volkes die Kräftigung alles dessen als notwendig bezeichnet wird, was der Erhaltung und Entwicklung Oesterreich-Ungarns diene. Die tschechische Arbeiterpartei betrachte Oesterreich-Ungarn als die historisch gegebene Grundlage ihrer Tätigkeit; sie sehr alle Hoffnungen einer alldeutschen oder einer panslawistischen Politik als unvereinbar mit den Interessen der tschechischen Arbeiterschaft an.

Drohender Buchdruckerstreik in Oesterreich.

Wien, 8. Dezember. (B. T. B.) Wie aus Wiener Neustadt gemeldet wird, verlesen die seit einiger Zeit wegen Lohnunterschieden zwischen den Buchdruckern und Segern Niederösterreichs geführten Verhandlungen ergebnislos, da die Unternehmer die Forderungen der Seher nur teilweise anerkennen wollen. Es sei daher in den Provinzstädten ein Ausstand der Seher zu erwarten.



KON-
LITON

**Vera
GOLD
3
Cigarette**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 155, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!
Donnerstag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Wahl von 2 Revisoren. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Im pünktlichen und vollständigen Erscheinen ersucht
131/5 Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter.
Freitag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr,
im Gewerkschaftshaus (Saal 3):
Arbeitslosenkontrolle.
Jeder Arbeitslose ist verpflichtet zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Teilzahlung
Wochenrate von **1 M.** an
Vornehme
**Herren-Ulster
Paletots, Anzüge**
fertig und nach Mass
J. Kurzberg
Mass-Schneiderei
Rosenthaler Str. 36
Frankfurter Allee 104
Reinickendorfer Str. 4



Ehe
Sie irg. ein Musikinstr. kaufl., lass.
Sie sich unbed. Spez.-OE. v. d. sit-
bew., 3mal m. gold. Medaille prim.
Musikhaus Heine, Moritz Schuster in
Markneukirchen mach. Gar. Falls
Send. n. gefällt, Zurückz. d. Geld.

**Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek**
Jedes Heft 20 Pfg.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
Lieferung elegant
**Herren-
Moden**
fertig und nach Maß!
**Julius
Fabian**
Schneidermeister
Gr. Frankfurter Str. 37, II
Turmstr. 18, I, kein Laden
Kottbuser Strasse 14, nur
2. Etage.
Vorzugsweise dieser Annonce
erhält 5 Prozent
Rabatt!

Exkursion
Baugegend, Bismarckd., Sabensche-
straße 42, zu vermieten. 192/11

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pfg.

Gegründet 1864
**Peiz-
waren**
Engros - Export
S. Schiesinger
Neue Königstr. 21
(Ordnungshaus)
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigen Preisen
Peizstolas - Muffen
Reparaturen prompt und sauber
Bitte genau auf 21 achten
sonst von 12-2 Uhr geöffnet



Warum lächter?
Er freut sich, weil er kostenlos unsere neuesten Pathé-Platten hört!
Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Wenn nicht, so lassen
Sie sich sofort unseren trichterlosen Luxus-Sprechapparat nebst
einer Kollektion von 20 Stücken auf 10 Pathé-Doppelplatten kommen.
Sie brauchen kein Geld dazu!
Wir senden Ihnen alles kostenlos 5 Tage zur Probe, mit bedingungs-
losem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen! — Pathé-Platten sind
eine Weltmarke und bringen stets das Neueste und Beste. Sie
spielen ohne Nadelwechsl mit einem immerwährenden Saphirstift
und sind daher unverwundlich. Herr
E. H. in Nürnberg schreibt unangefordert: „Ich habe eine Pathé-Platte

1200 Mal durchgespielt und
sie zu meinem Erstaunen noch
in völlig gutem Zustand befanden,
wogegen eine gute Nadelplatte
schon beim 25. Mal zu schreien
anfangt und nicht mehr anzuhören
war. Der Ton einer Pathé-Platte
ist überhaupt das Schönste, was
es gibt.“ **Verlangen Sie sofort
unsere Probefreue!** Behalten
Sie unsere Sendung, so haben Sie
ohne jede Anzahlung nur 3 Mark
pro Monat, bei Nichtgefallen nur
die ganz minimale Hin- und Rück-
fracht zu zahlen. — Die Lieferung
erfolgt sofort.



Alle Preise für Pathé-Fabrikate sind die
von der Fabrik festgesetzten.
Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!
An die Fa. Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120-674
Senden Sie mir einen allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter
mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf
10 doppelseitig bespielten, **5 Tage zur Probe.** Wenn
29 cm großen Pathé-Platten **ich die**
Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Ihre Adresse franco
zu überschiebe, behalte ich sie unter Anerkennung Ihres
Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat mit der Pathé-
Konzert-Schalldose 60.- Mark und für die 10 Pathé-Doppelplatten
à 3.20 Mark in monatlichen Raten von **3.- Mark** ginnend, Erfüllungsort Breslau.
Vor- u. Zuname: _____
Beruf: _____ Ort: _____
Straße - Platz - Nr. _____
Unser Apparat
besitzt hochfein poliert. Eichen-
gehäuse v. 37 x 37 x 20 cm Größe,
Präzisions-Federwerk, akust.
Tonarm, und kostet einschließ-
lich der echten Pathé-Konzert-
Schalldose nur 60.- Mark. Sie
können nirgends reeller kaufen
Illustr. Spezialkataloge über
andere Sprechapparate, Violin-
nen, Celli, Mandolinen,
Zithern, photogr. Apparate,
Waffen, Uhren, Apparate,
Ferngläser etc. **gratis**
Bial & Freund
Postfach 120-674 Breslau II

Jede sparsame Hausfrau
verwendet nur den neuen, chemisch präparierten Kohlenanzünder
„Peha“
Keine Beschmutzung von Wohnung und Küche durch
Ruß, keine Streichhölzer und kein Holz zum
Feueranzünden mehr nötig.
Pakete à 5 und 10 Pf. überall zu haben.
Pharmakon G. m. b. H., Berlin SW 29 und Frankfurt a. M.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradenhalter,
Irrigatore, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfehlen
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringstr. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgarn. Bedienung.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuss,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 8-10.

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Weintränke jeder
Art, Ehrlich-Hata-Kuren in
u. Co. long.
Dr. Homeyer
Laborat. |
Blut-
untersuchung, Harn- u. Gynäk.
Friedrichstr. 81, gegenüber
Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-9.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Eile zu Weile
Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S., 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz.
1000 Pelzstolas
Schals, Colliers, Muffen nur prima
— Felle —
offeriere ich infolge günstiger
Abschlüsse
zu hervorragend billigen Preisen.
Echt Skunks-Stola von 35 M. an
Herzmurmelt-Stola von 13.50 M. an
mit Köpfen und Schweifen.
Alaska-Fuchs-Imitation . . . 7.50 M.
Marder, Herz, Persianer,
Oppossum, Biber, Ullis etc.
in allen modernen Formen stets
am Lager.
Bitte Eile zu Weile
genau auf die Firma
Dresdener Str. 119 zu achten.
Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
für den bezeichneten Preis.
Bitte Eile zu Weile
Sonntags 12-3 geöffnet.
Eigene Kürschnerei.
Reparaturen
gut, schnell, billigst.



Große Einkaufsvorteile
bietet
Teppich - Spezialhaus
**Emil
Lefèvre**
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
**Riesen-
Teppich - Lager**
aller Größen und Qualitäten.
Sofa-Größe à 5, 10, 15 — 40 M.
Salon-Größe à 15, 20, 30 — 150 M.
Saal-Größe à 45, 60, 75 — 800 M.
Gardinen, Portièren, Möbelstoffe,
Tischdecken, Stoppdecken usw.
1 Posten reichgestickter
Plüschportieren
pro Fenster 6.85 (regulär)
10.50
**Weihnachts-
Extraliste u. Katalog**
enorm billiger Geschenkartikel
(600 Abbild.) gratis u. franko

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 1. Denny-Argentinien 5,—; 3. West-Schlesien 20,—; 4. „Vorwärts“-Ueberblick v. 3. Lu. 1913 2141,68; 5. Bezirk Elb-Lothringen 1. u. 2. Lu. (Strasbourg-Land 1. Lu. 89,81, 2. Lu. 96,45, Erstein-Wolsheim 1. Lu. 33,45, 2. Lu. 32,49, Mey 1. Lu. 90,—, 2. Lu. 31,50, Strasbourg-Stadt 182,81, Zabern 5,52, Schlettstadt 45,81, Rappoltsweiler-Markt 68,79, Colmar 52,02, Mühlhausen 247,92, Altkirch-Tham 19,26, Gebweiler 18,63, Saargemünd-Forbach 44,70) Sa. 1008,96; N.-S. Berlin f. Oktober 3,—, Schles.-Holstein f. Binnenschiffer 15,90, Bez. Zwickau 2. Lu. 1913 (Zwickau 1163,76, Reichenbach 697,68, Plauen 1220,67) Sa. 3082,11; 6. Köln Reg.-B. 20,—, v. L. Gallenberg D.-S. 3,—, Bez. Rassel 1. u. 2. Lu. (Rassel-Melungen 2. Lu. 790,04, Schwelge-Schmalldorf 2. Lu. 160,30, Krillar-Homburg 1. u. 2. Lu. 35,06) Sa. 904,40; 7. Bez. Westf. Westfalen 1. u. 2. Lu. (Minden-Lübbecke 895,25, Herford-Halle 577,95, Bielefeld-Wiedenbrück 2557,65, Paderborn-Büren 4,23, Warburg-Höxter 4,56, Lipstadt-Brilon 24,60, Bentheim-Lingen 10,92, Schaumburg-Lippe 109,10, Fürstentum-Lippe 388,19) Sa. 4021,45; Bez. Dresden (Zöbichau 2. Lu. 420,69, Baugen 1. Halb. 442,10) Sa. 862,79; 11. Bez. Niederrhein 2. Lu. (Lennep-Nemtscheid 747,45, Elberfeld-Varmen 1250,—, Solingen 844,02, Düsseldorf 1647,40, Essen 1111,22, Duisburg 929,93, Wärs-Rees 180,76, Cleve-Weiden 14,85, Kempen 55,12, M.-Glabbach 182,41, Krefeld 394,68, Neuf-Grevenbroich 121,89, Dagen-Schmelm 663,43, Altena-Jericho 205,26) Sa. 8269,92; Bez. Oldenburg 2. Lu. (Oldenburg-Stadt 273,48, Barel 1027,82, Delmenhorst 262,67, Leer-Gmden 159,54, Aurich-Bittmund 68,40) Sa. 1791,41; Berlin durch Beihle, Renneke u. Voigt 100,—; Groß-Berlin a Konto f. 8 Kr. 10 000,—; darunter Alexander f. 6,—, 2. Abt. Ueberich v. Luisenpark 50,—, Höppler, Oktober 2,—, Buchdruckerei H. Wättner zur Wahl 10,—, H. v. d. Fuß 10,—, Aug. d. Fuß 10,—, Gutenberg 27,90, 12. Bez. Württemberg 2. Lu. (Reutlingen 1. Lu. 221,52, Stuttgart 2249,31, Cannstatt 1318,79, Ehlingen 792,64, Schwemmingen 249,90, Bodnang-Hall 94,44, Ulm 806,29) Sa. 5222,89; Dresden rechts a Konto 1500,—; 13. Bez. Nordwest 2. Lu. (Bremen 1. u. 2. Lu. 6095,77, Hemeelingen 886,91, Horburg 1491,28, Vegesack 651,60, Bremerhaven 1037,26) Sa. 9662,82; Berlin Dr. L. A. 100,—; Dagen-Schmelm Kranzüberblick 4,—; 14. Bez. Hessen 2. Lu. (Wiesbaden 52,66, Friedberg-Waldungen 248,—, Kassel-Lauterbach 18,90, Dammstadt-Gr. Gerau 592,86, Erbach-Bensheim 172,62, Worms 174,—, Wingen-Alzheim 90,—, Mainz-Oppenheim 363,75) Sa. 1590,98; Bez. Schleswig-Holstein 2. Lu. (Hadersleben u. Flensburg 879,50, Schleswig-Edernförde 275,78, Tondern-Flümin 75,23, Dithmarschen-Steinburg 589,10, Pinneberg 2291,64, Kiel 3487,72, Altona-Lauenburg 2279,84, Oldenburg-Blön 90,20, Fürstentum Lübeck 289,19) Sa. 9766,65; 15. Bez. Magdeburg 2. Lu. (Salzwedel-Gardelegen 80,15, Stendal-Dierburg 170,18, Jerichow 1. u. 2. Lu. 872,60, Magdeburg 1543,73, Wolmirstedt-Neubaldensleben 341,61, Wangleben 526,15, Döberitz-Galbe 761,80, Halberstadt-Döberitz 529,—) Sa. 4925,26; 17. Bez. Posen 2. Lu. (Kolmar-Żelazna 88,29, Wirsitz-Schubin 10,07; Bromberg 23,21, Hohenstaża-Strelno 1,50, Posen 19,26, Samter-Doborn 5,38, Meseritz-Gostyn 0,90, Kampan-Gostyn 1. u. 2. Lu. 10,70, Krotoszin 1,92, Adelnau-Schilber 3,10, Olesin 0,75) Sa. 115,08; 18. Bez. Brandenburg 1. u. 2. Lu. (Westpreignitz 211,82, Ostpreignitz 8,50, Breglau-Angermünde 78,40, Oberbarnim 119,92, Dönhofsland 51,72, Westhavelland 737,86, Zauch-Belzig 1. Lu. 465,80, 2. Lu. 496,72, Arnswalde-Friedeberg 41,71, Landsberg-Solbin 189,80, Frankfurt-Lebus 341,44, Df. u. Weststernberg 21,80, Müllschau-Krofin 129,25, Guben-Lübbau 324,88, Sorau-Fors. 1. Lu. 529,46, 2. Lu. 513,40, Rottbus-Spremberg 525,63, Kalau-Ludau 163,92) Sa. 5451,58; 20. Reichen, 2. Lu. 2240,—, Bez. Oberschlesien 2. Lu. (Kreuzberg-Rosenberg 7,20, Dypeln 27,—, Colet-Gr. Strelitz 9,42, Gletwitz-Sublinitz 24,24, Deutzen-Tarnowitz 110,70, Kattowitz-Jagze 70,66, Pleß-Abnitz 12,18, Ratibor 20,16, Reobischitz 6,—) Sa. 287,46; Bez. Oberschlesien f. Binnenschiffer 37,50; 21. Bez. Westpreußen 2. Lu. (Elbing-Marienburg 115,60, Danzig-Land 107,87, Danzig-Stadt 290,62, Neustadt-Karthaus 5,93, Verent-Stargard 2,16, Stuhm-Marienburg 9,03, Rosenburg-Löbau 1,50, Graudenz-Strasburg 39,03, Thorn-Gulm 17,24, Schwie 1,20, Konitz-Tuchel 0,92, Schlochau-Platow 8,82, Deutsch-Krone 12,61) Summa 582,28; 22. Bez. Groß-Thüringen 2. Lu. (Gotha 1. Lu. 423,96, Stoburg 60,20, Meiningen I 107,55, Meiningen II 364,83, Weimar II 298,85, Weimar III 834,50, Altenburg 1227,90, Sondershausen 215,49, Neuz j. L. a Konto 800,—) Summa 4307,78; 27. Saarbrücken 1. u. 2. Lu. 195,75; Bez. Erfurt 2. Lu. (Erfurt-Schleusingen 832,63, Mühlhausen-Langensalza 278,21, Heiligenstadt-Verbis 0,50, Nordhausen 2. u. 3. Lu. 1912/13 u. 1. Lu. 1913/14 Rest 564,22) Sa. 1679,56; Bez. Chemnitz 2. Lu. (Döbeln 800,—, Stollberg-Schneeberg

334.—, Schopau 297,78, Annaberg 478,76) Sa. 1910,54. 28. Bez. Görlitz 2. Lu. (Grünberg-Freystadt 104,10, Sagan-Sprottau 156,46, Bunzlau-Lützen 194,82, Löwenberg 33,72, Görlitz-Lauban 679,22, Rothenburg-Poserwerda 218,58) Sa. 1386,90. 29. Berlin, Wache 10.—; Mitglied d. H.-Dr. 1,35, Anabe 3.—; S. G. 50.—, Berlin, den 8. Dezember 1913.

Für den Parteivorstand: Otto Braun, Lindenstr. 3.

Hier Postcheckkonto 7918 lautet nicht mehr: A. Gerich, F. Ebert, C. Braun. sondern: 7918 Fr. Bartels, F. Ebert, C. Braun, Berlin, Lindenstr. 3 beim Postcheckamt Berlin.

Gewerkschaftliches. Gelbe Rache.

Seit Zusammentritt der sonderbaren Heiligenchar, die sich die Gelben nennen, haben nicht nur die Gewerkschaftler aller Richtungen, sondern auch ehrliche Politiker aus bürgerlichen Kreisen kein Hehl daraus gemacht, daß die Tätigkeit dieser Leute den ehrlichen Kampf im Wirtschaftsleben vergifte. Für sich glauben sie das Recht beanspruchen zu dürfen, mit allen, auch den unsänslichen Mitteln die Gewerkschaftsbewegung und ihre Träger und Führer anzupöbeln, sie zu verdächtigen und zu verleumdern, flennen aber sofort wie unartige Rangen die Mutter Staatsanwälte und Gerichte um Hilfe an, wenn die von ihnen Belichtigten und Verleumdeten mit gleicher Münze zahlen. Einen neuen Beweis der moralischen Verkommenheit dieser Gesellschaft lieferte das Blatt „Deutscher Bäcker- und Konditorgehilfe“, die gelbe Bädergefellenzentung.

Vor einiger Zeit wurde der Bezirksleiter des Bäckerverbandes in Görlitz, Genosse Prochaska, plötzlich aus Deutschland ausgewiesen. Er mußte innerhalb 24 Stunden Deutschland verlassen, obgleich er geborener Deutscher war. Nur sein Vater war Deutscher, aber naturalisiert! Und zwar hielt er sich in einem kleinen Dorfe in Schlesien auf. Bei einem größeren Dorfbrande gingen die Naturalisationspapiere verloren, und da die Eltern Prochaskas kurz darauf starben, wurde es veräußert, die Personalakten wieder in Ordnung zu bringen.

Damals glaubte der Bäckerverband, daß einige rachsüchtige Bäckermeister die Ausweisung Prochaskas veranlaßt hätten; nun kommt das Blatt des gelben Bundes und nimmt ganz offen das „Verdienst“, die Ausweisung veranlaßt zu haben, für die Gelben in Anspruch! In zynischer Offenheit schreibt das Blatt, daß es schon vor mehreren Wochen ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß Prochaska Ausländer sei, und mit breitem Behagen registriert es weiter, daß Pr. nur ausgewiesen sei, weil er sich in Görlitz verschiedene „schwere unerlaubte“ Handlungen habe zuschulden kommen lassen! —

Wo zu der Freude über das Gelingen eines infamen Vudensstreiches eine neue Verleumdung!

Prochaska ist nie und nirgends mit dem Gesetz in Konflikt geraten, auch, soviel wir wissen, nie bestraft! Wenn das eine schwere unerlaubte Handlung sein soll, daß Prochaska an seinem Teil dazu beigetragen hat, daß im ganzen Bezirk Görlitz die mehr als traurigen Arbeitsverhältnisse der Bäckergefellens gebessert werden konnten und die gelbe Schlammflut auch dort bis fast zum Verschwinden zurückgedrängt wurde, so wird er auf diese seine Tätigkeit im Interesse seiner ausgebeuteten Kollegen in Schlesien mit Genehmigung zurückblicken.

Kögen die Gelben sich mit dem Erfolg ihres „ruhmvollen“ Kampfes, der ihnen mit Hilfe der Polizei gelungen ist, trösten, nutzen wird ihnen auch dieser Vudensstreich herzlich wenig. Ihre Bewegung, die im Bäckergerwebe noch 1907 ziemlich Wogen schlug, ist und bleibt gebrochen, und heute machen sie nur durch Streiche, die jeden ehrlichen Menschen mit Abscheu erfüllen, von sich reden.

Berlin und Umgegend.

Praktische Arbeitslosenfürsorge war es, womit sich am Sonntag die Mitgliederversammlung des Zweigvereins Berlin vom

Deutschen Bauarbeiterverband beschäftigte. — Zunächst erstattete Varenberg den Bericht vom außerordentlichen Verbandstage, der bekanntlich die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen hat. — Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Dadurch ist, wie der Vorsitzende Hanke feststellte, auch zugleich bestätigt, daß sich nach dem Beschluß des Verbandstages der Beitrag für die Mitglieder des Zweigvereins Berlin, die bisher 90 Pf. zahlten, auf 1,20 M., und für die, welche 70 Pf. zahlten, auf 90 Pf. erhöht.

Auf Antrag des Vorstandes wurde ohne Debatte beschlossen, daß die Lokalfüsse 5000 M. zu der von der Gewerkschaftskommission eingeleiteten Sammlung zur Weihnachtsunterstützung der Arbeitslosen zählt. Außerdem wird erwartet — sagte der Vorsitzende Hanke — daß die Kollegen, welche nicht unter Arbeitslosigkeit leiden, auf die umlaufenden Sammellisten zeichnen.

Ferner beantragte der Vorstand eine besondere Weihnachtsunterstützung der arbeitslosen Mitglieder. Der Antrag, der ebenfalls ohne Debatte angenommen wurde, lautet:

Die Versammlung beschließt, 40 000 M. zur Unterstützung arbeitsloser Mitglieder bereit zu stellen. Unterstützungsberichtigte sind alle beitragszahlenden, erwerbsfähigen Mitglieder, die seit mindestens einem halben Jahre organisiert sind und mehr wie zehn Wochen in der diesjährigen Beitragszeit sich als arbeitslos zur Kontrolle gemeldet haben, was durch Kontrollstempel im Mitgliedsbuch nachgewiesen werden kann. Wer mehr wie neun Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann nicht unterstützt werden. Beitragsreste von ein bis neun Wochen werden von der Unterstützung in Abzug gebracht. Die Unterstützung beträgt für alle Kollegen bei einer Mitgliedschaft von 1/2—1 Jahre 3 M., bei einer solchen von 1—3 Jahren 5 M., bei einer solchen von 3—6 Jahren 7 M. und bei einer Mitgliedsdauer von über 6 Jahren 9 M. Verheiratete Mitglieder erhalten außerdem für jedes eigene Kind unter 14 Jahren einen Zuschuß von 1,50 M. Die zurzeit erstmalig arbeitslosen Mitglieder erhalten bei einer Arbeitslosigkeit von 5—7 Wochen die Hälfte und bei einer Arbeitslosigkeit von über 7 Wochen dreiviertel obiger Sätze als Unterstützung. Bei jetzt in Arbeit stehenden Mitgliedern, die im Laufe des Jahres unter 10 Wochen arbeitslos waren, kann diese Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt werden. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt zwischen dem 17. und 19. Dezember; alles weitere wird noch durch die Hauskommission bekannt gegeben.

Auch der Zentralverband der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen, Geschäftsstelle Groß-Berlin, hielt am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt Stellungnahme zu außerordentlichen Maßnahmen der vorhandenen Arbeitslosigkeit. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, 1000 M. aus der Lokalfasse zu bewilligen. Das Geld soll sofort abgeführt werden. Ein weiterer Antrag, im Monat Januar eine Extramarke von 30 Pf. pro Mitglied zu geben, wurde ebenfalls angenommen. Beschlossen wurde weiter, von den herausgegebenen Sammellisten keinen Gebrauch zu machen. Nachdem die Neuwahlen der Verwaltung und der verschiedenen Kommissionen erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie des Baugewerbes.

Die Arbeitslosigkeit der Bautischler, Einseher und Bodenleger hat einen Grad erreicht, der von der Öffentlichkeit und den Behörden nicht mehr ignoriert werden darf, wenn sich nicht die schlimmsten Katastrophen daraus ergeben sollen. Der paritätische Arbeitsnachweis, eine ganz einwandfreie Institution, stellt folgendes fest:

In der Woche vom 24. bis 30. November d. J. meldeten sich arbeitslos 4254 Tischler; davon waren Bautischler 778, Einseher 187, also insgesamt 965. Rechnet man hierzu noch 200 arbeitslose Parkettbodenleger, die sich nicht im paritätischen Arbeitsnachweis melden, so ergibt sich, daß weit über ein Viertel aller arbeitslosen Holzarbeiter Angehörige der Bauhandwerke sind. Deshalb sind Arbeitslosigkeiten von 12 bis 16 Wochen die Regel, dagegen gelten Arbeitslosigkeiten von 10 bis 13 Wochen als besonders günstig. Soll nun diesen Arbeitern durch Kommunalarbeiten geholfen werden, so ist die Zusage des Berliner Magistrats, „alle demüthigten Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen“, im weitesten Maße auszuweihen.

Berlin führt zurzeit folgende im Rohbau fertige Bauten aus: Gemeindefschule nebst Lehrerwohnhaus, Greifswalder Straße; Gemeindefschule usw., Dunderstraße; Lehrerwohnung und Turnhalle, Odessa Straße; Höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Warschauer Platz; Um- und Erweiterungsbauten der Feuerwache, Lindenstraße. Zu diesen im Rohbau fertigen Bauten sind nach unserer Information bis jetzt nur die Fenster der Schule in der Greifswalder Straße vergeben. Dagegen befinden sich im Rohbau: Fortbildungsschule,

Kleines Feuilleton.

Preussische Geschichte.

- 1806. Glorreiches Heer — Segen des Fürstengeschlechtes — lokales Volk — monarchisches Gefühl — Hoch!
1806—1812. Feige Soldateska — freies Volk — Erwachen des Bürgertums — Verfassung — Demokratie.
1813/15. Das Volk in Waffen — Freiheit!
1815—1848. Glorreiches Heer — Segen des Fürstengeschlechtes — lokales Volk — monarchisches Gefühl — Hoch!
März 1848. Feige Soldateska — freies Volk — Erwachen des Bürgertums — Verfassung — Demokratie.
1849—1860. Glorreiches Heer — Segen des Fürstengeschlechtes — lokales Volk — monarchisches Gefühl — Hoch!
1860—1864. Feige Soldateska — freies Volk — Erwachen des Bürgertums — Verfassung — Demokratie.
1864. Das Volk in Waffen — Freiheit!
1866. Das Volk in Waffen — Freiheit!
1870. Das Volk in Waffen — Freiheit!
1870—1913. Glorreiches Heer — Segen des Fürstengeschlechtes — lokales Volk — monarchisches Gefühl — Hoch!
Anfang Dezember 1913. ! ! ! ! !
Ende Dezember 1913. Glorreiches Heer — Segen des Fürstengeschlechtes — lokales Volk — monarchisches Gefühl — Hoch!

Theaterluft. Vor dem Landgericht in Berlin ist unlängst ein Prozeß verhandelt worden, in dem der Kläger behauptete, daß die Autoren der Poffe „Wie einst im Mai“ eine Uebersetzung der „Weilensteine“ benutz hätten, die er dem Berliner Theater eingereicht hatte. Etwas Innerbürtiges ist es leider ganz und gar nicht, daß ein eingereichtes Manuskript im Theater in unzulässiger Weise gebraucht wird. Wie wenig ein Autor in diesem Punkt auf Diskretion rechnen kann, wurde kürzlich erst gerichtsnotorisch, als ein Herr Lessing ein Manuskript von Sudermann benutzte, um zu einem journalistischen Senlationen zu kommen. Es ist im besonderen für das Berliner Theaterleben sehr bezeichnend, daß die geschäftliche Lust am Theater von den Risiken der Korruption und des Betrugs erfüllt ist. In unserer schändlichen Welt kann ein Theater ja nichts anderes sein als ein Geschäft; nur ist man zu dem Verlangen berechtigt, daß es ein nobles Geschäft sei. Wer sich mit einem Kunststift in Verbindung setzt, darf immerhin beanspruchen, von den Künstlern eines Winkelwucherers verschont zu werden.

Um seiner künstlerischen Aufgaben willen, müßte ein Theater ein vornehmeres Geschäft sein, als ein gewöhnliches Kaufmannsgeschäft. Leider aber ist gerade das Gegenteil der Fall. Nirgends werden Wort und Beträge so oft und samhällich gebrochen, wie am Theater. Und Berlin dürfte in dieser traurigen Beziehung leider an erster Stelle stehen.

Die Abel dufete die geschäftliche Lust, als die Affäre Jüdel-Frl. Kels verhandelt wurde? Mit was für Künstlern schlug sich seinerzeit Ferdinand Bonn durch! Als Direktor Dalm zusammenbrach, wurde er von den organisierten Schauspielern auf die Warnungsliste gesetzt. Der vortreffliche Herr Lotzar wird vom Staatsanwalt gesucht. Ein anderer Direktor schlug sich eine Zeit lang durchs Leben, indem er die Rollen an Damen verhöhlerte, die hohe Preise zahlen konnten. Selbst Herr Reinhardt hat es nicht verschmäht, Besetzungen anzukündigen, die — gar nicht vorhanden waren — ein Feind, den ein solider Kaufmann nie und nimmer unternehmen würde.

Wie sehr das Berliner Theaterleben künstlerisch angefaßt ist, spiegelt sich vielleicht am besten in der Tatsache, daß die Fäulnis auch den geschäftlichen Apparat ergriffen hat.

Humor und Satire.

Instruktionsstunde.

GR: Was geschä, wenn eig Leutnant ins Bett ich — Der Wades: Dann verhaften wir den Bürgermeister des Ortes, wo das geschähen. GR: Und wenn's in die Hofen geht? Der Wades: Wird der Schneider der Hofe acht Tage in den Hofensteller eingesperrt. Hat die Hofe des Königs besudelt. GR: Was ist zu tun, wenn Militär den Pöbel verhaft und Zivil nicht will hält? Der Wades: Wird Zivil verhaftet. GR: Und wenn sich Zivil beschwert? Der Wades: Wird es verhaft. GR: Entschied zwischen Heer und Volk dauernder Kriegszustand, was ist dann zu tun? Der Wades: Wird Zivilbesetzung nach Ostgrenze verfehlt.

Notizen.

Für Mesothorium. Die Versammlung der bayerischen Gesellschaft für Geburtshilfe und Frauenheilkunde sprach einstimmig die Ueberzeugung aus, daß die Beschaffung radioaktiver Stoffe von Seiten des Staates zur Fortsetzung der Forschung und im Interesse der Kranken eine dringende Notwendigkeit ist.

Vorträge. Einen Lichtbildervortrag „Der märkische Wald und sein Tierleben“ hält Redakteur Georg Eugen Stigler heute abend im Theateraal von Alt-Berlin, Blumenstr. 10, Beginn 8 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pf. Vorverkauf 50 Pf. bei Rochitz, Joachimsthaler Str. 6; A. Steidel, Rosenthaler Str. 34/35; G. Steidel, Leipziger Str. 66.

Eine geplante Knochenübertragung. Der Prager Arzt Joseph Horal setzte einer 16-jährigen Näherin den Oberarm eines gleichaltrigen Mädchens ein, das in die Klinik sterbend mit durchgeführter Schläfe eingeliefert war. Die Operation ist gelungen. Die Näherin kann den Arm beruflich gebrauchen. Auf dem Berliner Chirurgenkongreß wurde vor kurzem die Uebertragung von Knochen oder Knochenstücken, die einem gefunden Körper kurz nach Eintritt des Todes entnommen sind, besprochen.

Ein musikalisches Lustspiel. In der Dresdener Hofoper fand die Aufführung von Wolf-Ferraris Lustspiel „Der Liebhaber als Arzt“ mit großem Beifall statt. Valla hat den Text verfaßt, der auf Wolke's fischer Komödie fußt. Es ist dem Komponisten gelungen, ein populäres und dabei echtes und reizvolles musikalisches Lustspiel zu machen. Wolf-Ferrari ist von gesunder Freude, die wohnt. Melodischer Glanz ist der Hauptvortrag seiner temperamentvollen Musik, die sich aus dem herrlichen Vortrag inspiriert zeigt.

Ein Andrejew-Verbot. Leonid Andrejew hat wieder einmal altrussischen Born gegen sich aufgereizt. In sein neues Drama „Töte nicht!“ hat er einen Pilger gestellt, der (bildlich gesprochen) der sündigen Menschheit Wasser predigt und selber Wein trinkt. Jetzt fürchtet man, das Drama könne den am Jarenhof beliebten Wandertäter Raichputin und seine Gläubigen mit Spott treffen, und hat noch am Tage vor der Generalprobe im Alexandra-Theater ein Verbot verhängt. Was man von dem Stücke befürchtete, wird das Verbot nun sicher bewirken.

Zirkus-Varieté. Das Münchener Zirkus-Varieté Colosseum kündigte, wie der „Simplicissimus“ mitteilt, für Sonntag, den 23. November, zwei große Galavorstellungen an. Am Schluß der Ankündigung hieß es: Chroniksteinigung Sr. König Ludwig III. sowie das übrige Zirkus-Programm.

Ein neu entdecktes Jugendwerk Membrandis. Ein großes Gemälde von Membrandi, ein bedeutendes, aber bisher unbekanntes Jugendwerk des Meisters, ist gegenwärtig im Haag zu sehen. Das Bild, das aus England stammt, stellt einen Mann in blauer Hemdenbluse dar, wie sie noch bis vor einem Jahrzehnt in Holland allgemein von den Rüstern getragen wurde. Der Dargestellte, der sich augenscheinlich soeben einen Wärmehel zugeworfen hat, hat einen Stoß Bücher vor sich liegen, während auf einem Brett zur Linken ledernen Geldsäcke aufgestapelt sind.

Sänglingsheim usw. in der Badstraße; Erweiterungsbau der Badeanstalt, Bärwaldstraße; Pflichtfortbildungsschule, Grünbaldstraße; Umbau zum Gefängnis Johannestift; Erweiterungsbau des Waisenhauses resp. Kinderasyls, Kurstierstraße; Gemeindefchule, Turnhalle, Lehrerwohnhaus, Kurstierstraße; Gemeindefchule, Turnhalle und Lehrerwohnung, Ofener Straße; Schule und Turnhalle, Quisomstraße; Gemeindefchule und Lehrerwohnhaus, Schönflieher Straße; Fortbildungsschule, Waffertorstraße; Gemeindefchule, Turnhalle usw., Jellestraße.

Die angeführten Bauten in Verbindung mit den in Berlin sonst noch in Ausführung befindlichen behördlichen Bauten können die Lage der Bauwirtschaft zweifellos um ein Bedeutendes verbessern. Voraussetzung ist natürlich die sofortige Inangriffnahme der notwendigen Tischlerarbeiten. Um aber eine den Verhältnissen entsprechende Ausführung sowie Sicherung der tariflichen Löhne zu ermöglichen, wird es notwendig sein, die vom Magistrat Berlin eingeführten Bestimmungen betreffs der örtlichen Ausführung sowie Beschäftigung nur ortsbefähiger Arbeiter weiter auszubehnen. Dazu gehört wohl bei den Berliner Tarifverhältnissen zunächst die Vergütung der Arbeit nur an die Berliner Zwangsbindung der Arbeiter, da hierdurch von vornherein die Gewähr gegeben ist, daß tarifliche Löhne gezahlt werden. Die Einstellung der Arbeiter darf nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis geschehen. Ferner sind notwendig: Zahlungsleistung für in bestimmten Zeitpunkten geleistete resp. fertiggestellte Arbeiten, um den Unternehmern eine Einsparung, die durch die gegebenen Verhältnisse entsteht, zu ersparen. Weiter ist notwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 7 Stunden pro Tag, um möglichst viele der Arbeitslosen beschäftigen zu können. Verlangt werden muß auch Bezahlung aller Arbeitsplätze der Betriebe, in denen die hier in Frage kommenden Arbeiten angefertigt werden, damit vermieden wird, daß die Arbeiten künstlich in die Länge gezogen werden oder daß in einzelnen Betrieben nur der alte Stamm von Arbeitern gehalten wird.

Die Festsetzung der Tarifpreise für die einzelnen Arbeiten durch Vertrauensleute der beiderseitigen Organisationen gibt die Gewähr, daß Uebergriffe einzelner Parteien verhindert werden. Die Festsetzung eines Maximalwertes verhindert, daß einzelne Arbeiter durch ungewöhnliche Arbeitsleistungen die Arbeitslosigkeit für ihre auf der Straße liegenden Kollegen mindern.

Wird in diesem Sinne eine planmäßige Verteilung der Arbeitslosigkeit vorgenommen und schließen sich weitere bauausführende Behörden sowie die Vororkommunen diesem Vorhaben an, so werden Verhältnisse geschaffen, die es einer sehr großen Zahl von Arbeitern ermöglichen, ein, wenn auch bescheidenes, Dasein zu führen, daß sie nicht die stete Sorge vor dem Gerichtsvollzieher und dem Pfahl für Obdachlose zur Verzweiflung treibt.

Die Theaterkünstler beschäftigten sich am Sonntag in einer Versammlung mit der Lage in ihrem Beruf. Die Arbeit ist 47 bis 51 Stunden. Der Beschäftigungsgrad ist nicht so ungünstig wie im Holzwesen allgemein, obwohl zu berücksichtigen ist, daß es sich um Saisonarbeit handelt. Die Löhne aber sind völlig unzureichend, wird doch z. B. im Betrieb von Varus ein Anfangslohn von 30 M. gezahlt, der bis auf höchstens 34 M. ansteigt. Doch auch anderwärts sind Löhne von 30 M. üblich, die durchaus nicht als angemessen zu bezeichnen sind. Die Filmbetriebe stehen fast noch schlechter da; hier werden 30, höchstens 33 M. und für Hilfsarbeiter 22 M. gezahlt. Wirtschaftlich am ungünstigsten stehen jedoch die Fischer in den Theatern selbst da, wo gewöhnlich monatlich 125 M. gezahlt werden und für die häufigen Ueberstunden nur lächerlich geringe Vergütungen ausbezahlt werden. Es wurde gesagt, daß dies und die herrschende Arbeitslosigkeit den Kollegen Veranlassung geben müsse, überhaupt von Ueberstundenarbeit abzusehen.

Bewegung der Theatermusiker. Der Verein Berliner Musiker hat über die Unternehmungen der Herren Reinhardt und Vernauer die Sperre verhängt. Verhandlungen, an denen sich auch die Bühnengewerkschaft beteiligt hat, konnten keine Einigung zwischen den streitenden Parteien herbeiführen. Der Direktor der Reinhardt- und Vernauerischen Bühnen ist es gelungen, sich ein Orchester zusammen zu stellen, das aus Beamtenmusikern, einigen Militärmusikern und Schülern des Sternischen Konservatoriums und der Königl. Hochschule besteht. Doch streitende Arbeiter in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen durch Angestellte des Staates oder der Kommune nicht behindert werden dürfen, wird zwar von allen vorurteilslosen Politikern anerkannt; aber für den Militarismus und das Beamtentum bildet das offenbar kein Hindernis dagegen, sich auf die Seite des Unternehmertums zu stellen.

Zur Tarifbewegung der Tabakarbeiter.

Auf Beschluß der Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Berlin, sind die grünen Plakate für ungültig erklärt worden. An deren Stelle werden rote Plakate mit der Unterschrift Wilhelm Tischner herausgegeben. Dieselben werden nur an Tariffirmen verausgabt. Wir weisen hierdurch darauf hin, daß von Mittwoch, den 10. Dezember, ab, nachmittags 3-6 Uhr, in unserem Bureau, O 54 Dragonerstraße 9a II, gegen Vorzeigung des Tarifs die roten Plakate in Empfang genommen werden können. Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

Der zweimal gestauchte Verleumder.

Einen nochmaligen Denksteil erhielt vor dem Landgericht in Leipzig der Vorsitzende des „Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes“, Herr Matthias Fromm aus Köln. Fromm hatte in seiner Keramarbeiter-Zeitung den Genossen Alois Staudinger, Redakteur am „Steinarbeiter“, als Polizeispion hingestellt. Zu dieser Anschuldigung kam Fromm wegen folgenden Vorganges: Auf dem Grundstück einer Steinbruchfirma hatte ein christlicher Sekretär eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten. Weil die Versammlung nicht angemeldet war, erhielt der christliche Sekretär ein Strafmandat. Fromm behauptete nun in seiner Zeitung, Staudinger hätte die Anzeige erstattet; er sei ein Polizeispion. Gegen diese Verleumdung erhob Staudinger die Verleumdungsklage. Vor dem Schöffengericht in Leipzig wurde der Verleumder zu 300 M. Geldstrafe, event. 30 Tage Haft verurteilt. Seine Widerklage, die sich auf drei Artikel im „Steinarbeiter“ stützte, wurde vom Schöffengericht verworfen. Wegen des Urteils legte nun der christliche Führer Berufung ein, auch brachte er seine Widerklage aufs neue ein. Die Verhandlung vor dem Landgericht fand am 5. Dezember statt. Fromm redete sich nun darauf hinaus, er wäre zur Zeit, als die Keramarbeiter-Zeitung redaktionell bearbeitet wurde, verreist gewesen. Der den Artikel geschrieben habe, wisse er nicht. (?) Am 15. Mai aber hatte der wahrheitsliebende Herr Fromm an das Schöffengericht geschrieben, er hätte die Ausführungen in dem inkriminierten Artikel in bestem Glauben an deren Richtigkeit gemacht. — Und nun kam seine Ausrede, er kenne den Verfasser nicht. Der Verleumder wollte sich jetzt damit aus der Schlinge ziehen, daß er zur Zeit, als der Artikel erschien, nicht in der Redaktion gewesen sei. Sein Vertreter in der Redaktion, Herr Rechner, mußte vor Gericht aber zugeben, daß er den Artikel schon unter den übrigen Materialien vorgefunden hätte, als Fromm abgereist war. Fromm sowie sein Verteidiger mußten vor Gericht nun endlich zugeben, daß Staudinger der Vorwurf des Epistelstuhls nicht im entferntesten gemacht werden könne. Der christliche Führer trat denn auch nicht im geringsten den Wahrheitsbeweis an.

Das Verurteilungsgericht hielt das erstinstanzliche Urteil aufrecht; es nahm verkehrsrechtliche Verleumdung an und ließ es auch bei der Geldstrafe von 300 M. Die Widerklage gegen Staudinger wurde abermals verworfen. In der Begründung wurde angeführt, daß die schwere Verleumdung wider besseres Wissen erhoben sei; das Gericht stehe auf dem Standpunkt, daß Fromm der Verfasser des Artikels sei und daß Staudinger die Anzeige nicht erstattet habe.

So, nun kann dieser christliche Führer wieder für Wahrheit und Recht weiter kämpfen!

Lehrer und Schüler im Dienste der christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspreffe.

Der christliche Gewerbeverein läßt an die Saarbergleute ein Flugblatt verteilen, in dem er versucht, die Schuld für die Verschlechterungen im Anknappungsstatut von sich abzuwälzen. Seine Mitglieder schämen sich anscheinend, das Schwindelflugblatt zu verbreiten, und seine Sekretäre wollen sich unter den Saarbergleuten auch nicht mehr sehen lassen. So haben sie denn Schulkinder mit dem Verbreiten der Flugblätter beauftragt. An den Ausgängen der Grube „v. d. Heidi“ fanden dieser Tage drei Jungen im Alter von 10 bis 13 Jahren, mit christlichen Flugblättern schwer beladen. Auf Befragen gaben die Kinder an, sie seien aus Guichenbach, ihr Vater habe sie geschickt; für ihre Arbeit bekäme der Vater 1,50 M. Schließlich bekundete der eine Junge noch, daß der Lehrer in Guichenbach alle Kinder aufschreibe, die die Flugblätter und die „Saarpost“ verteilen müssen. Also nicht nur die christlichen Flugblätter, sondern auch die „Saarpost“, das Zentrumsorgan M. Glabacher Richtung, müssen die Schulkinder auf Geheiß ihres Lehrers verteilen.

Zu erwähnen ist noch, daß auch der Betriebsführer von Grube „v. d. Heidi“ die Verteilung des christlichen Flugblattes begünstigte. Während dieser zwei Flugblattverteiler des Bergarbeiterverbandes vertreiben wollte und mit Strafmandaten bedrohte, ließ er die christlichen Flugblätter durch die Jungen unbehandelt verbreiten.

Aber es hilft alles nichts. Mögen sich Jeschenbeamte, Lehrer und Schulkinder noch so große Mühe geben, sie können den christlichen Streikbrudergewerkschaften nicht mehr retten. Er hat im Saarrevier ausgedrückt: „steigt“. Sein Name löst nur noch Hohngelächter bei den Saarbergleuten aus.

Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg im Jahre 1912.

Die Landesversicherungsanstalt umfaßt alle diejenigen Personen, deren Beschäftigungsort in der Provinz Brandenburg liegt, soweit sie nicht einer der vom Bundesrat zugelassenen Kassenrichtungen (Preussisch-Heinische Eisenbahngemeinschaft, Knappschafftsvereine usw.) angehören. Außerdem kommen noch die, infolge Bundesratsbeschlusses, in der Tabak- und Textilindustrie beschäftigten Hausgewerbetreibenden hinzu. Die Zahl der Versicherten ist nicht genau festzustellen. Rechnet man auf den Versicherten 45 Beitragsmarken, dann waren bei der Versicherungsanstalt „Brandenburg“ im Jahre 1912 40 484 801 Wochenmarken im Berichtsjahre verzeichnet wurden, rund gerechnet 100 000 Versicherte vorhanden.

Alters- und Invalidenrenten.

Anträge auf Bewilligung der Altersrente wurden im Berichtsjahr 1065; auf Bewilligung der Invalidenrente 12 315 gestellt. Hierzu kommen noch aus dem Vorjahr 33 unerledigt gebliebene Alters- und 738 Invalidenrentenanträge. Insgesamt lagen demnach 1098 Anträge zur Bewilligung der Alters- und 13 053 Anträge zur Bewilligung der Invalidenrente vor. Altersrenten wurden 598 gleich 81,78 Proz. bewilligt und 63 gleich 6,0 Proz. abgelehnt. Die Ablehnungen erfolgten bis auf einen wegen Nichterfüllung der Wartegeld. Von den Altersrentnern kommen auf 100 Rentnempfänger 88,7 auf die Männer und 11,3 auf die Frauen. Am Schluß des Berichtsjahres waren 7235 Altersrentner vorhanden. Der Jahresbetrag der Altersrenten schwankt zwischen 110,40 bis 230,40 M.

Von den 10 053 Invalidenrentenanträgen wurden 8991 gleich 89,48 Proz. bewilligt und 2074 gleich 20,52 Proz. abgelehnt. Die Ursachen für die Ablehnung waren in 1699 Fällen gleich 81,9 Proz. aller Ablehnungen, noch nicht vorhandene Invalidität. Das heißt die Ärzte (und meist Kreisärzte) haben die Erwerbsunfähigkeit der Kraft und Fähigkeit nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt noch das übliche Lohnmittel verdienen zu können. Und wenn nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, dann in der Landwirtschaft; hier ist das gesetzliche Lohnmittel ja noch niedriger. Es ist denn auch bezeichnend für die Auffassung gewisser Ärztekreise über den Begriff „Invalidität“, wenn der Bericht erklärt, in 198 Fällen hat das Oberversicherungsamt, welches von den Versicherten angezweifelt war, den Bescheid der Anstalt aufgehoben und den Antragstellern die Rente zuerkannt und in weiteren 117 Fällen hat es die Landesversicherungsanstalt erst gar nicht zur Entscheidung kommen lassen, sondern den Anspruch der Versicherten anerkannt.

Am Schluß des Berichtsjahres zählte die Anstalt Brandenburg 61 198 Invalidenrentner. Der Jahresbetrag der Invalidenrenten schwankt zwischen 116,40 bis 279 M.

Hinterbliebenenversicherung.

Auf Bewilligung der Witwen- bzw. Witwenrente wurden 671 Anträge gestellt; davon wurden 262 bewilligt und 163 abgelehnt. Waisenrentenanträge wurden 945 gestellt, davon wurden 716 bewilligt. In 546 Fällen wurde der Antrag auf Witwengeld gestellt, in 370 Fällen wurde den Anträgen stattgegeben. In 16 Fällen wurde Antrag auf Waisenaussteuer gestellt, in 3 Fällen wurde dem Antrag entsprochen. Der Jahresbetrag einer Witwenrente beträgt im Durchschnitt 70,60 bzw. 79,60 M.; der Jahresbetrag einer Waisenrente beträgt im Durchschnitt bei einem Kinde 39,15 M., bei zwei Kindern 33,60 M. und bei neun Kindern 27,60 M. Da soll noch jemand sagen, ein armes Weib könne mit diesen Besügen nicht handlungsfähig leben! Das Witwengeld schwankt zwischen 70,20 bis 89,40 M. Die Waisenaussteuer betrug in einem Falle 20 bis 25 M., in zwei Fällen 25 bis 30 M. Das ist die gefällte Kompensations!

Beachten wir die Invaliditätsursachen, dann ergibt sich folgendes Bild. An erster Stelle steht die Gruppe der durch Entkräftung, Blutarmut und Altersschwäche erwerbsunfähig gewordenen Personen mit 2398 Fällen; sie umfaßt 27,40 Proz. aller Rentnempfänger. An zweiter Stelle steht die Gruppe der Lungentuberkulose mit 940 = 10,74 Proz. aller Fälle. Besonders sind es die jüngeren Jahrgänge, die von der grauenhaften Krankheit betroffen werden. Von je 100 Rentnern wurden in den Lebensjahren

20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.
66,7	62,5	66,7	65,2	54,6	58,5	49,3
27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.
51,7	57,1	40,6	43,6	38,2	46,2	33,3

oder im Durchschnitt der 30 Jahrgänge wurden von 100 Rentnern 66,7 Proz., in den 30er Jahrgängen 62,5 Proz. und in den 40er Jahrgängen 21,4 Proz. durch Lungenschwindsucht invalide. Es folgen dann an dritter Stelle die Gruppe der durch Erkrankung des Herzens und der großen Blutgefäße erwerbsunfähig Gewordenen mit 828 Fällen oder 9,46 Proz. aller Rentner; an vierter Stelle die Gruppe der durch Gelenkrheumatismus und Nist Erwerbsunfähigen mit 630 Fällen oder 7,30 Proz. aller Rentner; an fünfter Stelle die Gruppe der durch Blut- und Lymphgefäßkrankheiten Erwerbsunfähigen mit 498 Fällen oder 5,88 Proz. aller Rentner; an sechster Stelle die Gruppe der Lungentuberkulose (ausgeschlossen Lungentuberkulose) Erwerbsunfähigen mit 454 Fällen oder 5,19 Proz. aller Rentner; an siebenter Stelle die Gruppe der durch Epilepsie, Syphilis und Neurasthenie Erwerbsunfähigen mit 430 Fällen oder 4,91 Proz. aller Rentner.

Bezüglich der Uebernahme des Heilverfahrens sagt der Bericht folgendes: „Den Anträgen der Versicherten auf Aufnahme in Sanatorien, Lungenheilstätten usw. ist die Anstalt — soweit sich die Antragsteller überhaupt für ein Heilverfahren eignen — in weitem Maße entgegengekommen. Die Kosten des Heilverfahrens für die Lungentuberkulose betragen insgesamt 1 027 102 M., hiervon wurden der Anstalt durch Dritte 241 568 M. zuzuerstatten. Für Gewährung von Sabersas wurden 179 827,25 M. aufgewendet,

darüber wurden von der Anstalt Brandenburg 74 592,47 M. hergegeben. Die Krankenkassen und Versicherer hatten den Rest (105 334,78 M.) zu tragen. Von den an der Lungentuberkulose in der Lungenheilstätte Cottbus behandelten weiblichen Versicherten stehen an erster Stelle die Dienstmädchen mit 60, ihnen folgen die Schneiderinnen und Putzmacherinnen mit 47, die Textilarbeiterinnen mit 38, die Aufwärtinnen mit 22, alle anderen Berufe stehen unter 20.

Unter den „Sanatorien“ verdient das Gefängnisheim „Hohenelke“ bei Rheinsberg i. B. ganz besondere Beachtung. Im „Vorwärts“ sind wiederholt Klagen der dort untergebrachten Patienten veröffentlicht worden. Als ein großer Mißstand muß es bezeichnet werden, daß in Hohenelke kein Arzt angeheilt ist, dem die ärztliche Oberleitung übertragen wäre. Wohl amtierende zwei Ärzte in dem „Gefängnisheim“ so nebenbei; ihren Wohnsitz haben sie in dem benachbarten Rheinsberg und üben auch dort ihre Praxis aus. Die Verantwortung, um nicht zu sagen die Gewalt, über Hohenelke liegt in den Händen eines Herrn Oberinspektors Piepenhagen. Dieser Herr ist denn ja auch die Ursache der Klagen. Man scheint in Hohenelke auch dem Grundbesitzer zu halbigem, daß die Patienten, die dort untergebracht werden, weniger der Pflege, Ruhe und Erholung bedürfen, um zu gesunden, als wie, daß sie arbeiten müssen, um die Unkosten wieder weitzumachen. Man wird gewiß nichts davon einwenden, wenn ein dort untergebrachter Kranker, wenn er sich mit leichten Arbeiten betätigt. Wenn indessen Patienten sechs Stunden pro Tag arbeiten müssen, dann muß dagegen der schärfste Protest erhoben werden. Und — Mühsamkeit und Mühsamkeit sind keine Arbeiten für Pflanzlinge, die sich erholen und gesunden sollen, um wieder als nützliche und vollwertige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zurückgegeben zu werden. Indessen hören wir den Bericht selber über die Art der Arbeiten; er sagt folgendes: „Mit Hilfe der Pflanzlinge wurden Arbeiten ausgeführt, von denen herborzubringen sind: In der Land- und Gartenwirtschaft: Arbeiten im Gemüshaus und bei den Frühbeeten, Blumenvermehrung, Gemüshäuser und -pflanzen, Korn-, Heu-, Gemüse-, Kartoffelernte, Kornbrechen (mit Dreschmaschine) Verpflanzen von Blumen und Sträuchern im Park, Weiden, Säubern und Spritzen der Obstbäume, Unkrautjäten in Feld und Garten, Bodenbewegungen, Wegebesserungen; in der Werkstatt: Herstellung von zwei gemauerten Gruben für Wirtschaftsfälle, Bau eines Wienen schuppens und eines eisernen Kaufgerütes für Schornsteinfeger in der Kesselstation des Hauptgebäudes, Anfertigung von eisernen Kolbenförderungsstäben, Instandsetzung des durch Eisgang fast zerstörten Eislabeflusses im See, Anfertigung von Liegefüßen, Anstrich der eisernen Wetzsteine, Tisch-, Nacht- und Holzische in den Pflegerräumen, sowie verschiedene Maler-, Dach-, Kleber-, Glaser-, Zimmerer- und Pfisterarbeiten zur laufenden Instandhaltung der Gebäude, Wohnungen, Einfriedigungen und Straßen; an sonstigen Arbeiten: wiederholtes Uelen des Invalideumbelages in den Pflegehäusern, Putzen und Schneiden von Gemüse zum Dörren und Einmachen, Belegen der Kartoffelernte.

Arbeiten dieser Art und in dem Umfange, wie sie hier angeführt, dürfen von Pflanzlingen auf keinen Fall ausgeführt werden. Bemerkenswert ist, daß das Mühsamkeit gar nicht erwähnt wird. Da ist es Pflicht der Anstaltsleitung, das ständige Personal zu vermehren.

Wenn der Bericht sagt, daß auf die Wünsche der Pflanzlinge bei der Beschäftigung die größte Rücksicht genommen wird, so muß das stark bezweifelt werden. Die „Rücksicht“ sieht vielmehr so aus, daß, wenn der Pflanzling Bedenken gegen diese oder jene Beschäftigung hat, ihm eines Tages durch den Herrn Oberinspektor erklärt wird, seine Kur sei beendet, es besteht keine Aussicht auf Erfolg.

Es wird Pflicht der Arbeitervertreter im Vorstand sowohl wie im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Brandenburg sein, daß diesem Uebelstand energisch abgeholfen wird.

Aus dem Finanzbericht sei folgendes erwähnt: Durch die Kontrolle der Karten in 56 900 Betrieben und Haushaltungen wurde in 6876 Fällen Anzeige erstattet. Durch die Verrichtung der Inregelmaßigkeiten, also durch die Kontrollarbeiten, floßen der Anstalt 160 888,82 M. zu. Für Beitragsmarken wurden 16 161 854,74 M. an Zinsen wurden 3 289 456,23 M. an Beiträge für in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigte, indessen nicht versicherungspflichtige Polen 95 433,29 M. Dem stehen in den Ausgaben gegenüber: für Rentenleistungen 6 719 155,96 M., Beitragsleistungen 137 609,06 M., Hausgeld 93 299,82 M., Heilbehandlung in fremden Krankenhäusern 950 829,61 M. Die Anstalt Brandenburg verausgabte an Renten demnach etwas mehr als ein Drittel der für Beitragsmarken eingenommenen Summe. Dafür prunkt die Anstalt mit einem Vermögen von 80 1/2 Millionen Mark.

Und das nennt man „soziale Fürsorge“.

Aus Industrie und Handel.

Der mexikanische Ölknapp.

Zu dem begehrtesten Gütern Mexikos, nach denen die amerikanischen Kapitalisten Verlangen tragen, gehören die reichen Oelfelder, die sich augenblicklich in den Händen des englischen Pearson-Syndikats befinden. Es ist ein gewaltiger Segner, mit dem die amerikanischen Kapitalisten hier zu tun haben. Die Pearsonschen Gesellschaften haben ihre geringen Arme über die äußerst reichen Oelfelder Mexikos ausgebreitet und haben sich gut verstanden. Die mexikanischen Oelquellen sind zweifellos die reichsten der Welt, und die englische Gesellschaft, die „Mexican Eagle Oil Company“, hat sich von dem ungeheuren unterirdischen Reichtum mehr ergattert, als sie vielleicht trotz ihres gewaltigen Kapitals verdauen kann. Außer den ausgedehnten Regierungskonzessionen besitzt sie 800 000 Acres eigenes Land. Sie hat sich gesichert, daß ihr keine andere Gesellschaft das Oel wegpumpen kann. Eine einzige Quelle in dem Distrikt Tuzpan, die Quelle von Potrero del Llano, kann jeden Tag nicht weniger als 100 000 Fässer Oel (ein Faß zu 35 englischen Gallonen, etwa 150 Liter) produzieren. Das Oel von dieser Quelle wird zurzeit durch eine 50 Kilometer lange Röhrenleitung nach dem Hafen Tuzpan gepumpt; täglich werden auf diese Weise schon 80 000 Faß befördert. Ist erst die 180 Kilometer lange Röhrenleitung nach dem nördlichen Tampico fertig, so wird man weitere dreihunderttausend Faß versenden können. In Tampico werden die Schiffe direkt bis zur Röhrenleitung heranfahren können; die Beladung wird also äußerst schnell vor sich gehen können. Doch selbst in Tuzpan, wo eine 1 1/2 Kilometer lange Leitung das Oel vom Ufer auf die Schiffe befördert muß, dauert die Beladung durchschnittlich nicht länger als zwei Tage. 20 000 Tonnen Oel können dort täglich in einen Schiffskörper gepumpt werden. Neben der Hauptgesellschaft existieren eine Reihe Tochtergesellschaften, die sich mit der Weiterverarbeitung des Rohstoffes, dem Versand und dem Einzelverkauf befassen. Im ganzen verfügen diese Pearsonschen Gesellschaften über ein Kapital von beinahe 12 Millionen Pfund (240 Millionen Mark). Das Kapital beläuft sich auf etwa 4 Pfund auf die Tonne des jährlich zu gewinnenden Oels. Die Kapitalisierung ist mithin sehr niedrig und verspricht gewaltige Gewinne. Kein Wunder, wenn den Bankes bei der Betrachtung dieser Verhältnisse das Wasser im Munde zusammenläuft und wenn das arme Mexiko in dem unterirdischen Kampfe zwischen den internationalen Profitgiganten nicht zur Ruhe kommen kann.

Sparlaffen und Volksversicherung.

Auf der Hauptversammlung des Deutschen Sparlaffenverbandes, die am vergangenen Sonnabend in Charlottenburg stattfand, empfahl die bekannte Generallandwirtschaftsminister Dr. Rapp-Königsberg eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den öffentlichen Sparlaffen und der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung: Die Einziehung der Ver-

Sicherungsprämien solle durch die Sparkassen im Wege der Buchung erfolgen. Jeder Versicherte bei der öffentlichen Volksversicherung solle veranlaßt werden, ein Sparkassenkonto zu eröffnen. Er solle dann seine Sparkasse beauftragen, fortlaufend aus seinem Konto die fälligen Prämien auf die Versicherung abzuschießen. — Eine solche Verbindung von Sparkasse und Versicherung mag gewiß im Interesse derjenigen liegen, die in der Lage sind, Ersparnisse zu machen. Aber es ist selbstverständlich, daß die Sparkasse nicht nur einer, sondern gleichmäßig allen Versicherungsgesellschaften, also z. B. auch der Volksfürsorge, diese Zahlungsmöglichkeit einzuräumen hätte. Trotz ihres Namens sind die öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsgesellschaften rein private Institute, denen von kommunalen Kreisen keinerlei Vorrechte eingeräumt werden dürfen. Es ist uns unbegreiflich, wie auf der Lagung von Vertretern meist öffentlicher Sparkassen eine Resolution angenommen werden konnte, die eine einseitige Bevorzugung eines privaten Unternehmens empfiehlt.

Folgen des Einfuhrsteuersystems. Einem Telegramm aus Washington zufolge sind die Zollbehörden von neuem angewiesen worden, auf Splinterbisen aus Deutschland einen Ausgleichszoll von 20 Cents pro 100 Pfund zu erheben. Auch für Weizen und Wehl aus Deutschland ist die Erhebung eines geringen Ausgleichszolles angeordnet worden.

Gerichts-Zeitung.

Schwindelhafte Pflegekinderannoncen.

Die Vergebung von Pflegekindern hat der Kaufmann Willy Hodam, der unter der Anklage des Betruges vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof stand, zum Gegenstande des Geldwertes gemacht.

Der Angeklagte operierte so: Er erließ ein Inserat: „Derzengswunsch. Ehepaar nimmt Pflegekind gegen geringen Monatsbeitrag. Lagerkarte 58, Postamt 59“; ferner ein Inserat: „Pflegekind, Mädchen, 35, gibt Lagerkarte 67, Postamt 60.“ Auf diese Annoncen erhielt er dann die Adressen von nach beiden Richtungen hin interessierten Personen und auf diese Adressen kam es ihm allein an. Die sich Meldenden erhielten ein Schreiben des Inhalts: „Sehr geehrte Frau! Antworlich Ihres Schreibens bin ich gern bereit, Ihnen Adressen von Damen, welche ihr Kind in Pflege geben wollen, nachzuweisen. Falls Sie daher in der Lage sind, sofort ein Kind in Pflege zu nehmen, bitte ich baldmöglichst um Ihren Besuch.“ Dem Schreiben war eine Reklame für eine von der Hebamme Hodam, die zurzeit eine unstreitvolle Ruhe in Breslau absolviert, vertriebene „Frauendouche Stella“ beigelegt, so daß die armen Frauen, welche erhofften, durch Annahme eines Pflegekindes und durch das in Aussicht gestellte Pflegegeld von 35 M. ihre armseligen Verhältnisse aufzubessern, des festen Glaubens waren, daß eine Hebamme in der Lage sei, die betr. Kinder zu vergeben. Wenn sie dann zu dem Angeklagten kamen, soll dieser in einzelnen Fällen auch von 35 M. Pflegegeld gesprochen haben, obwohl er wußte, daß nur geringes oder gar kein Pflegegeld von den Müttern gezahlt werden konnte. Die den Kreisen mit nicht hervorragendem Intellekt angehörenden Frauen unterschrieben dann, ohne recht zu wissen, was in dem ihnen vorgelegten Zettel stand, die Geschäftsbedingungen, in welchen allerdings ausdrücklich stand, daß der Angeklagte sich nur verpflichtete, den Frauen innerhalb sechs Wochen mindestens 30 Adressen von Damen, welche ihr Kind in Pflege geben wollen, nachzuweisen. Die Reflektantinnen hatten, wenn sie diesen Zettel unterschrieben hatten, 6 M. zu zahlen und glaubten, daß sie nun das Kind an einer bestimmten Stelle abholen könnten. Nach Erhalt der 6 M. hat sich Hodam nicht weiter darum gekümmert, ob das Geschäft perfekt wurde oder nicht, er hat die ausschreibenden Namen auch nicht gelöscht, sondern dieselben Adressen weiter verkauft. — Der Amtsanwalt hielt das ganze Geschäftsgeschäft des Angeklagten für ein schwindelhaftes und beantragte gegen ihn 6 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Cosmann machte für den Angeklagten geltend, es könne dem Angeklagten doch nicht zur Last gelegt werden, wenn die betreffenden weiblichen Personen aus Mangel an Intellekt etwas unterschrieben, was sie nicht verstanden. Das Gericht erklärte, es handele sich um einen plumpen Schwindel, wie er in der Großstadt gerade nicht selten sei. Es handele sich um blutarme Leute, Wäscherinnen, Schneiderinnen u. dergl., die nicht aus idealen Gründen ein Kind in Pflege nehmen, sondern sich durch das Pflegegeld in eine erträglichere Lage bringen wollten. Der Angeklagte habe in ziemlich struppeloser Weise Angehörige einer Bevölkerungsschicht geschädigt, die wahrlich nichts übrig habe; sein Vorgehen sei deshalb gemeingefährlich und rechtfertige eine Strafe von 3 Monaten Gefängnis.

Das Vereinsgesetz gegen die Arbeiter-Radsfahrervereine.

Der Vorsitzende Pohlmann vom Arbeiter-Radsfahrerverein „Edelweiß“ zu Schönfließ war von der Strafkammer in Guben verurteilt worden, weil er nicht die für politische Vereine gegebenen Vorschriften des § 3 des Vereinsgesetzes über die Anzeige der Vorstandsmitglieder und der Einreichung der Satzungen beachtet habe. Als politisch wurde der Verein wegen seiner Zugehörigkeit zum Arbeiter-Radsfahrerverein „Solidarität“, Sitz Offenbach a. M., angesehen.

Das Kammergericht hob seinerzeit dies Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, damit dieses nachprüfe, ob der Verein „Edelweiß“ durch seinen Anschluß an den Bund nicht bloß wirtschaftliche Vorteile (Unfallversicherung, Sterbegeld, billiger Einkauf von Rädern) habe erzielen wollen. Das Kammergericht stellte sich nämlich im Gegensatz zum Oberverwaltungsgericht auf den Standpunkt, daß auch beim Anschluß eines Vereins an einen politischen Bund, als den auch das Kammergericht den Bund „Solidarität“ ansieht, immerhin die Möglichkeit bestehe, daß der Verein die politischen Ziele des Bundes nicht verfolgen wolle.

In der neuen Verhandlung verurteilte das Landgericht in Guben wieder den Vorsitzenden zu einer Geldstrafe, indem es ausführte, daß der Verein „Edelweiß“ ebenso wie der Bund die Gewinnung seiner Mitglieder im Sinne der Sozialdemokratie habe beeinflussen wollen und deshalb politisch sei. Nach einem Schlußsatz des Urteils erfolgte die Verurteilung, weil Pohlmann, der nicht der zeitlich erste Vorsitzende war, sondern erst später Vorsitzender wurde, es unterlassen habe, die Veränderung im Vorstande anzuzeigen (§ 3 Abs. 3 des Vereinsgesetzes), und weil er ferner die Einreichung der Satzungen unterlassen hätte (§ 3 Abs. 2).

Der Angeklagte legte wieder Revision beim Kammergericht ein. Rechtsanwalt Dr. Karl Liebkecht als sein Vertreter machte gegenüber den Ausführungen des Landgerichts geltend, daß es an den tatsächlichen Unterlagen für die Konstruktion des politischen Charakters des Vereins „Edelweiß“ fehle und legte dies näher dar. Wenn man aber, fuhr er dann fort, die Ortsgruppe „Edelweiß“, wie das Landgericht es tue, als politisch ansähe, und dies daraus behauptete, daß der Bund politisch sei, und wenn so eine Identität mit

dem Bunde hergestellt werde, dann sei um so mehr die Frage aufzuwerfen, ob dann überhaupt noch ein selbständiger Verein in Schönfließ vorliege, dessen Leitung Verpflichtungen im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes habe. Das müsse unter diesen Umständen bestritten werden. Von einem selbständigen Verein könne hier dann keine Rede sein. Die Auffassung werde auch durch Urteile der Oberlandesgerichte in Breslau und Celle gestützt, die Liebkecht zitierte. — Ferner machte der Anwalt geltend, daß Verjährung eingetreten sei und daß der jetzige Vorsitzende auch nicht für Unterlassungen des früheren Vorsitzenden (des Gründungsleitenden) haftbar gemacht werden könne.

Der zweite Strafsenat des Kammergerichts hob dieser Tage die Verurteilung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. — Gründe:

Ohne Rechtsirrtum sei jetzt festgestellt, daß der Verein „Edelweiß“ in Schönfließ ein selbständiger Zweigverein sei, der gleich dem Bunde politische Zwecke verfolgte. Mit Recht habe auch die Strafkammer den Angeklagten wegen Übertretung des § 3 Abs. 3 des Vereinsgesetzes für strafbar erklärt, weil er nicht, nachdem er Vorsitzender geworden war, die Veränderung im Vorstande angezeigt habe. Nun sei ja richtig, daß Angeklagter schon ziemlich lange (jahrelang) Vorsitzender ist und § 3 Abs. 3 besage, daß die Veränderung binnen vierzehn Tagen anzuzeigen sei. Verjährung liege wegen dieses Zeitraumes aber gleichwohl nicht vor. Es sei ein Unterlassungsdelikt, bei dem die Verjährungsfrist erst zu laufen beginne, wenn die Verpflichtung zur Anzeige weggefallen, wenn also die Anzeige nachträglich erfolgt sei, oder der Verein aufgelöst werde, oder ein anderer zum Vorstand ernannt werde. Alles das sei nicht geschehen. Angeklagter sei weiter verantwortlich für die Unterlassung der Anzeige der Veränderung im Vorstand. Wenn nun aber das Landgericht den Angeklagten weiter für strafbar erkläre, weil die Satzung gemäß § 3 Abs. 2 nicht eingereicht worden sei, so handele es sich hierbei nicht um Unterlassung einer Verpflichtung des Angeklagten, der erst vier Wochen nach der Gründung Vorsitzender wurde, sondern um die Unterlassung einer Verpflichtung, die nach § 3 Abs. 2 dem bei Gründung ernannten Vorstand binnen 14 Tagen oblag. Ein Vereinsvorstand sei aber nach der Auffassung des Senats nicht für die Unterlassungsfünden des früheren Vorstandes haftbar. Somit müsse Angeklagter in diesem Punkte (Nicht-Einreichung der Satzung) straffrei bleiben, während er wegen des anderen (Anzeige der Veränderung im Vorstand) strafbar sei. Da nun das Strafmaß durch den Irrtum des Landgerichts hinsichtlich der Satzung beeinflusst sein könne, so müsse die Sache nochmal an das Landgericht wegen des Strafmaßes zurückverwiesen werden.

In einem zweiten Strafprozeß gegen den Schiffbauer Graf als Vorsitzenden des Arbeiter-Radsfahrervereins zu Fürstentum a. O., wo die Rechtslage im wesentlichen die gleiche war, erkannte das Kammergericht aus genau denselben Gründen auf Aufhebung der Verurteilung und auf Zurückverweisung an die Vorinstanz, das Landgericht Guben.

Die Gräfin als Angeklagte.

Aus der gestrigen Verhandlung gegen die Gräfin Finler von Treuberg war nur von Interesse, daß die Behörden nicht in der Lage sind, die Prinzessin zu Hfenburg-Büdingen zu finden.

Der Vorsitzende ließ protokollieren, daß die Ladung bezw. Vorführung der Prinzessin zu Hfenburg-Büdingen nicht durchführbar sei. Eine ordnungsgemäße Ladung liegt noch nicht vor, denn eine Zustellungsurkunde ist nicht vorhanden. Die Prinzessin hat seinerzeit auf die erste Ladung den Wunsch schriftlich ausgedrückt, in München vernommen zu werden; seitdem hat ihr eine Ladung nicht zugestellt werden können. — Rechtsanwalt Babu glaubt, daß man sich doch hiermit nicht begnügen könne. Die Prinzessin lese doch Zeitungen, sie wisse also, daß sie hier als Zeugin erscheinen solle, so bestehe doch der Verdacht, daß sie mit Absicht laitiere. Es müßte doch der Versuch gemacht werden, die Zeugin zwangsweise vorzuführen. Eine Prinzessin pflege doch nicht purlos zu verschwinden und der Kriminalpolizei würde es nicht schwer fallen, ihren Aufenthalt zu ermitteln. Die Polizei sei doch sonst sehr findig, sie habe doch erst kürzlich den trefflichen Schauspieler Schilfbrant, der zu einem Teatiner nicht erschienen war, in Haft genommen. Staatsanwaltschaftsrat Ruffe erklärte, daß unter den obwaltenden Umständen zwei Fälle, in denen das Zeugnis der Prinzessin zu Hfenburg-Büdingen erforderlich erscheine, abgetrennt werden müßten. Das sei auch nicht so schlimm, denn es schweben schon wieder drei neue Verfahren gegen die Angeklagte wegen Pfandbruchs usw., die dann damit verbunden werden könnten.

Eigenartig, daß die Behörden Deutschlands sich außerstande zeigen, den Aufenthalt einer Prinzessin zu entdecken. Sie ist doch keine Rörderin.

Hungerstreik?

Mit dem Hungerstreik des Animerbaniers Kärgers, welcher bekanntlich seit 21 Tagen in dem Rooditer Untersuchungsgefängnis jede Nahrungsaufnahme verweigert, soll es, wie uns mitgeteilt wird, eine recht eigenartige Verwandtschaft haben. Es wird mit aller Bestimmtheit die Vermutung ausgesprochen, daß Kärgers von unbekannter Seite heimlich mit Nahrungsmitteln versehen wird und der ganze Hungerstreik eine geschickt eingeleitete Komödie sei, mit dem Endzweck, die Haftentlassung bezw. die Aussetzung der Strafverbüßung zu erreichen. Diefür spricht, daß Kärgers, wenn er sich unbeschadet glaubt, in seiner Zelle vernünftig und lustig ist und erst bei einer bevorstehenden ärztlichen Untersuchung zusammenbricht. Auch der körperliche Befund, die Brüftung der Herzstätigkeit u. a. deutet darauf hin, daß Nahrungsmittel zu sich nehmen muß.

Derartige Fälle von Hungerstreik in Gefängnissen sind durchaus nichts Seltenes und die in diesen Fällen von den Gerichtsräten festgestellten körperlichen Erscheinungen unterscheiden sich von den bei Kärgers konstatierten in ganz erheblicher Weise. Voraussichtlich wird, um allen Eventualitäten aus dem Wege zu gehen, die künstliche Ernährung heute eingeleitet werden.

Allgemeine Spar- und Kreditbank.

Gestern begann wieder vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I einer der jetzt überhandnehmenden Danerprozesse. Die auf Betrug lautende Anklage richtet sich gegen den Kaufmann Siegfried Rosenbaum, den Kaufmann Philipp Eichenbeiß, den Kaufmann Karl Rudolf Kaiser und den Dentist Will Goldstein.

Es handelt sich um die Geschäfte der Allgemeinen Spar- und Kreditbank. Diese wurde als Genossenschaft mit beschränkter Haftung am 31. Januar 1911 in das Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingetragen. Die ersten Mitglieder des Vorstandes waren die Angeklagten Rosenbaum und Eichenbeiß. Rosenbaum befehligte dieses Amt während der gesamten Dauer der Geschäftsführung der Bank, während Eichenbeiß Anfang Juli wieder ausschied. An seine Stelle traten in kurzen Zwischenräumen verschiedene Personen; seit Mitte März 1912 war der Angeklagte Kaiser Mitglied des Vorstandes. Vorsitzender des Aufsichtsrates war bis zu seinem auf Veranlassung des Eichenbeiß erfolgten Ausschied aus der Genossenschaft der Angeklagte Goldstein. Am 17. Oktober 1912 wurde der Konkurs über die Genossenschaft eröffnet. Die Zahl der Genossen betrug zu dieser Zeit 888. Nach § 1 des Statuts hatte die Allgemeine Spar- und Kreditbank folgenden Zweck: Betrieb von Bankgeschäften, insbesondere durch Gewährung

von Darlehen an Mitglieder und Nichtmitglieder, sowie Annahme und Verzinsung von Spareinlagen der Mitglieder. Die Anklage behauptet, daß es den Angeklagten, die sie als die Verantwortlichen für den Geschäftsbetrieb ansieht, gar nicht auf die Erfüllung dieses Zweckes angekommen sei, daß die Bank es vielmehr lediglich darauf abgesehen habe, möglichst viel Genossen anzulocken unter dem Vorgeben, ihnen Darlehen zu gewähren, ohne hierzu imstande und willens zu sein. Die so gewonnenen Genossen mußten Beiträge und Eintragsgelder, den Geschäftsanteil usw. zahlen und wurden auf lange Zeit an die Genossenschaft gebunden, wie die Anklage meint, nur zu dem Zweck, für die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder aus den eingezahlten Kapitalien hohe Gehälter und Einnahmen zahlen zu können.

Mit Ausnahme des Eichenbeiß soll keiner der Angeklagten irgendwelche Fachkenntnis für die Leitung einer solchen Genossenschaft besessen haben und auch keiner im Besitz von hinreichenden Geldmitteln gewesen sein. Für die Genossenschaft wurde durch eine ausgiebige Kellame und durch zahlreiche Agenten, die über das ganze Reich verstreut waren, erworben. Nach den Feststellungen der Anklagebehörde erhielt die Genossenschaft insgesamt etwa 1900 Darlehensanträge. Von diesen wurden nur 66 bewilligt, von letzteren soll ein großer Teil an die Mitglieder des Aufsichtsrates, des Vorstandes und an diesem nahestehende Personen gezahlt worden sein. Alle anderen, also mehr als 1500 Darlehensgesuche sollen ohne sachliche Prüfung abgelehnt, die Antragsteller sollen lange Zeit ohne jede Nachricht gelassen und wenn sie sich schließlich selbst in die Räume der Bank begaben, mit allerlei Redensarten abgepeißt worden sein. Den Angeklagten ist es nach dem erstatteten Gutachten gelungen, von den Genossen bare Einzahlungen auf den Geschäftsanteil in Höhe von 19 000 M. zu erzielen, während sie zur Zeit des Bestandes der Genossenschaft darauf noch insgesamt 68 081 M. schulden. Die den Genossen bisher entstandenen Gerichtskosten sollen sich auf mindestens 3485 M. belaufen, so daß die Vermögensbeschädigung sämtlicher Genossen sich auf circa 91 500 M. stellt.

Die Angeklagten beitreten sämtlich ihre Schuld. Da die Anzahl der Zeugen über hundert beträgt, von denen etwa die Hälfte kommissarisch vernommen ist, wird die Verhandlung 14 Tage bis 3 Wochen dauern. Das Ergebnis werden wir unseren Lesern mitteilen.

Sum polizeilich bestellten Einbruch.

Zu dem gegen den Kriminalhauptmann Boh ergangenen Urteil wird uns mitgeteilt, daß der Angeklagte nicht wegen „einfacher Körperverletzung im Amte“, sondern wegen „schwerer Körperverletzung mittels einer Waffe“ verurteilt worden ist.

Der als Spindel verwendete Panzerwasi soll noch nicht vorbestraft sein. Die Polizei soll ihn zum Spindel aussersehen haben, nachdem sie ihn aus Anlaß von Untersuchungen wegen Verletzung gegen § 175 Str.G.B. kennen gelernt hatte.

Beschlag ist gegen Hesse und Boh Anklage wegen Anstiftung zum Diebstahl und wissentlich falscher Anzeige noch nicht erhoben?

Vom Reichsgericht freigesprochen.

Das Schwurgericht Essen a. M. hat am 9. Juni drei Angeklagte wegen Straftatens verurteilt, und zwar einen gewissen Vertens zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis, und die Fürsorgegehilfen Bonarel und Ebers zu acht bzw. fünf Monaten Gefängnis. Die Angeklagten haben, wie durch den Schworenenpruch festgestellt ist, in der Nacht vom 9. März zu Bottrop, Kreis Miedlinghausen, gemeinschaftlich dem Bergmann Rebinski verschiedene Gegenstände geraubt. Die Angeklagten B. und E. waren zur Zeit der Tat noch nicht 18 Jahre alt. Die Schworenen hatten in ihrem ersten Spruche die beiden Angeklagten des Raubes schuldig gesprochen, dann die Frage, ob sie die zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihres Tuns erforderliche Einsicht besaßen, verneint, und schließlich nach die Frage nach mildernden Umständen bejaht. Das Gericht hielt diesen Spruch für widersprüchlich, da die Zubilligung mildernder Umstände darauf schließen lasse, daß die Schworenen die Handlungsweise der Angeklagten für strafbar gehalten haben. Es wurde deshalb das Verhängnisverfahren eingeleitet. Die Schworenen mußten ihren Spruch nochmals beraten. Sie änderten ihn insoweit ab, als sie nunmehr die Frage nach der Einsicht bejahten. Darauf erging dann das erwähnte Urteil. Gegen dieses hatte nur der Vater des Angeklagten Ebers als geschädigter Vertreter Revision eingelegt, die am Freitag das Reichsgericht beschästigte. Dies hielt die Beschwerde für begründet, hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten von Strafe und Kosten frei. Die Voraussetzungen für ein Verhängnisverfahren, hieß es in den Gründen, lagen nicht vor und das Schwurgericht hat zu Unrecht den ersten Schworenenpruch für unklar erklärt. Die Frage, ob der Angeklagte die erforderliche Einsicht gehabt habe, war in ungewisser Weise verneint worden; dem gegenüber war es ganz gleichgültig, ob hinterher von den Schworenen erklärt wurde, daß dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen seien. Weil dem festgestellten Mangel der Einsicht mußte der Angeklagte freigesprochen werden.

Verfammlungen.

Generalversammlung der Gips- und Zementbranche. Höbne gab den Geschäftsbericht für das dritte Quartal und führte dazu aus: Es sind in der Berichtzeit zwei Tatsachen besonders hervorzuheben, die zunehmende Wirtschaftskrise und die Lohnbewegung der Gipsbranche. Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit gab der Referent folgende Zahlen, wobei die Hilfsarbeiter nicht berücksichtigt sind. Von 1083 bei der Zahlung erfassten Arbeiter standen 628 in Arbeit, 405 waren arbeitslos. Von den Arbeitslosen waren 1 bis 5 Wochen 207, 5 bis 10 Wochen 54, über 10 Wochen 52 ohne Beschäftigung. Aber auch von denen, die in Arbeit standen, waren im Verlauf des Jahres 295 bis zu fünf Wochen, 108 bis 10 Wochen, 37 bis 15 Wochen und 25 bis 20 und mehr Wochen beschäftigungslos gewesen. — Redner gab dann weiter einen Rückblick über den Verlauf der Lohnbewegung in der Gipsbaubranche. Eine Debatte fand nicht statt und es gab nun Kollege Lemm den Bericht vom außerordentlichen Verbandstag und der dort beschlossenen Arbeitslosenunterstützung. Er skizzierte die Entwicklungsschritte dieser Bewegung und erläuterte etwas eingehender die einzelnen der für die Unterstützung geltenden Bestimmungen. In der Diskussion darüber wurden zwar einige Stimmen der Unzufriedenheit laut, konnten aber vom Referenten im Schlußwort mit Leichtigkeit beschwichtigt werden.

Marktpreise von Berlin am 6. Dezember 1913, nach Ermittlungen des Igl. Volksgeldbüros. Weis (mitz), gute Sorte 00,00—00,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Weis (runder), gute Sorte 14,70—15,00, Mittelsort 0,00. Neu 6,00—7,00.

Bartheligenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—50,00. Linsen 35,00—50,00. Kartoffeln (klein) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Quarkfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Gammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—7,00. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Kalle 1,80—3,20. Hander 1,40—3,20. Röhre 1,20—2,40. Kartoffel 1,00—2,00. Seller 1,80—3,20. Weis 0,80—1,40. 60 Stück Arabis 1,00—2,40.

Eine hochinteressante Weltreise für nur 15 Pf. die Woche.

Was regt den Geist von neuem an, bringt frohgemut und Schaffensfreude wieder —? Reiselust und Reisen! Wir wollen erfahren, wie die Welt in Wirklichkeit mit all dem Reichtum ihrer Naturschönheiten aussieht, und wie die Menschen darauf leben. Wer Zeit und Geld hat, der reist. Aber wie viele können dieses aberhaupt und lassen sie es sich verlagern? Nein! — Trete daher jeder mit uns getrotzt die Weltreise an und lerne die Macht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Völkerkreise, die Reize der Landschaften, ihre Ausrichtungen und Reize

gelder kennen. Er kann alles im gemütlichen Heim für nur 15 Pf. pro Woche durch unsere illustrierte Zeitschrift „Durch alle Welt“ genießen. Um der Stelle besser folgen zu können, erhalten alle Abonnenten außerdem in Lieferungen einen großen

Universal-Handatlas gratis.

Derselbe enthält über 300 Holz- und Nebenlaten.

Sobald Sie den Bestellchein ausgefüllt und eingesandt haben, wird die Reise angetreten.

Bestellchein. N. W.

Am die Expedition von „Durch alle Welt“, Berlin-Schöneberg, Am Park 11. Ich abonniere hiermit „Durch alle Welt“ a 15 Pf. pro Fests wöchentlich durch Boten frei ins Haus.
Name:
Ort, Straße:

Eine lohnende Erwerbsgelegenheit.

Je mehr die Schaar der Arbeitslosen anschwillt, desto flotter geht das Geschäft jener Leute, die aus der Arbeitsuche anderer ihren Nutzen zu ziehen verstehen.

Ein besonderes Kapitel sind die Annoncen, die dem Erwerbssuchenden zunächst nur Unterricht in irgendeiner dem Umlaufenden leicht erlernbar scheinenden Handarbeit anbieten.

Am besten rentiert das Geschäft der „Anlernung“ von Heimarbeitern dann, wenn man den lernlustigen Frauen, die auf die Annoncen hin sich melden, zugleich sagen kann, daß man auch selber Arbeit zu vergeben hat.

Frau Heers forderte fünf Mark Lehrgeld, die im voraus zu bezahlen waren, und auf Befragen versicherte sie, daß sie Arbeit geben werde.

Der Verkauf der Karten erfolgt in folgenden Stellen: Bureau des 6. Wahlkreises, Gerichtstraße 71, von 9 bis 1 und 5 bis 7 Uhr.

In der letztgenannten Verkaufsstelle ist außerdem noch eine geringe Anzahl Karten für die Vorstellung: „Die lustigen Weiber von Windsor“ am 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Deutschen Opernhaus zu haben.

Als die Lehre beendet war, fragten die Frauen, wie es denn nun mit Arbeit wäre. „Die können Sie kriegen!“ beruhigte sie Frau Heers.

Wenn all die vielen Frauen und Mädchen, die der Frau Heers ihre 5 und 10 M. und mehr opfern, nachher bei ihr bleiben wollten, bis sie es mal auf „30 M. Wochenverdienst“ bringen!

Was ist's, das solchen Existenz ihr Gewerbe erleichtert? Die Inseratenblätter der Scherl, Ullstein und Konforten, der „Vokal-Anzeiger“, die „Morgenpost“ usw., sind ihnen ein willkommenes Tummelplatz.

Gute und billige Theatervorstellungen.

Der Bezirksbildungsausschuß hat folgende Theatervorstellungen belegt:

Donnerstag, den 25. Dezember 1913, Herrfeld-Theater:

Familie Selick.

Schauspiel von Holz und Schlaf.

Donnerstag, den 1. Januar 1914, Herrfeld-Theater:

Sinterm Jaun.

Lustspiel von Köhler.

Wir empfehlen dem Berliner Proletariat den Besuch der Vorstellungen. Die ausgewählten Stücke sind für die organisierte Arbeiterschaft von großem Interesse.

Die „Familie Selick“, eines der besten naturalistischen Stücke, bietet die düstere, aber wirklichste Dargestellung eines trostlos zerrütteten Familienlebens.

Auch die Komödie „Sinterm Jaun“ ist von keinem Unbekannten: Karl Köhler ist der erfolgreiche Verfasser der „Fünf Franzosen“.

Der Preis des Platzes beträgt im Herrfeld-Theater 1,10 Mark einschließlich Garderobengebühr und Theaterzettel.

Der Verkauf der Karten erfolgt in folgenden Stellen: Bureau des 6. Wahlkreises, Gerichtstraße 71, von 9 bis 1 und 5 bis 7 Uhr.

In der letztgenannten Verkaufsstelle ist außerdem noch eine geringe Anzahl Karten für die Vorstellung: „Die lustigen Weiber von Windsor“ am 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Deutschen Opernhaus zu haben.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Kreis. Die 6. Abteilung hält am Mittwoch bei Gabel, Vergamannstraße, einen gemeinschaftlichen Jahlabend ab, in dem Genosse Wermuth einen Vortrag halten wird.

Fünfter Wahlkreis (Abteilung Ia). Morgen, Mittwoch, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, findet für die Abteilung Ia in dem „Unions-Festsaal“, Greifswalder Str. 222, der gemeinsame Jahlabend statt.

5. Kreis, 3. Abteilung. Mittwoch, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Konrad, Reichstr. 39: Gemeinamer Jahlabend.

Röpenitz. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Stadttheater: Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Militärararchie statt Verfassungsrecht.

Mariendorfer-Tempelhof. Heute Dienstag den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus von Laas, Chausseestr. 305: Öffentliche Versammlung.

Adershof. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von bekannter Stelle aus.

Riederschneweide. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Lokale „Voreley“, Berliner Str. 101. Tages-

ordnung: Vortrag des Genossen Fritz Zubeil über: „Die Arbeiterchaft in der wirtschaftlichen Krise“.

Brix. Heute Dienstag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal von Raddag, Chausseestr. 89: Öffentliche Versammlung.

Tempelhof. Die Genossen werden gebeten, sich an der Versammlung der Mariendorfer Genossen in Laas' Gesellschaftshaus, Mariendorfer Chausseestr. 305, zahlreich zu beteiligen.

Pankow. Mittwoch, den 10. Dezember, im Lokale von Schulz, Röhrenstr. 21: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Mariensfeld. Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Schuster, Kirchstraße.

Johannisthal. Die Genossen treffen sich heute abend 7 1/2 Uhr im „Lindenhof“ zum gemeinsamen Besuch der Protestversammlung in Rieberschneweide, Restaurant „Voreley“.

Grüner. Mittwoch, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Grund, Friedrichstr. 21: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Verdes Festsaal, Friedrichstr. 112: Gemeinsamer Jahlabend.

Wahndorf. Mittwoch, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Ballentuch“ (Villa Kahl).

Potsdam. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Friedrichsgarten: Protestversammlung gegen die Säbelstatur in Eijah-Votzingen.

Berliner Nachrichten.

Ist noch jemand ohne Fahrchein?

Diese Frage der Schaffner der Großen Berliner Straßenbahn an das fahrende Publikum hört man alle Augenblicke. Sie klingt wie eine Mahnung, unter allen Umständen das Fahrgeld zu bezahlen.

Die Aufsichtsbeamten bekommen obendrein für jede derartige Fahrcheinmeldung 2 Pfennig Belohnung, die bei besonders forschenden Kontrolleuren im Monat bis zu 8 Mark ausmachen.

Gleichlegung der Ferien.

Die Gleichlegung der Ferien der Gemeindeschulen mit denen der höheren Lehranstalten ist von uns wiederholt verlangt worden. Jetzt ist dieser Forderung Rechnung getragen worden.

Besondere Ferientage, wie Paradesferien, Einzugsferien und ähnliche Ferientage scheinen bei der Festlegung außer Anschlag zu kommen.

Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters!

Am 30. Dezember d. J. und am 2. Januar n. J. findet je ein Konzert des Philharmonischen Orchesters statt. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf.

Dort sind auch bereits Billets zu späteren Konzerten des selben Orchesters, die am 6., 9. und 11. April stattfinden, zu haben.

Die Heimstätten der Stadt Berlin

hatten im Etatsjahr 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913) in ihrer Gesamtheit ziemlich genau dieselbe Frequenzziffer wie im Vorjahre. Sie leisteten aber mehr Verpflegungstage als im Vorjahre, weil im Durchschnitt die Kurdauer etwas länger ausgefallen war. Ueber ihren Betrieb entnehmen wir dem vom Heimstätten-Laboratorium erstatteten Verwaltungsbericht für 1912, den der Magistrat soeben veröffentlicht hat, die folgenden Angaben. Alle sieben Heimstätten zusammen verpflegten diesmal 5964 Personen gegenüber 5977 im Vorjahre, sie leisteten 198 240 Verpflegungstage gegenüber 191 088 und die durchschnittliche Kurdauer betrug 33,2 Tage gegenüber 32 Tage. Im Jahre 1910 hatte die durchschnittliche Kurdauer noch 38,9 Tage betragen, aber es wurde dann eine Einschränkung verfügt, durch die man im Jahre 1911 eine bedeutende und offenbar zu weitgehende Kürzung erreichte. Wird aus der Gesamtzahl der Verpflegten der aus dem Vorjahre übernommene Bestand ausgesondert, so bleiben an Neuaufnahmen 5417 Personen im Jahre 1912, gegenüber 5384 Personen im Jahre 1911. Im Jahre 1912 wurden aufgenommen im besonderen von der Heimstätte Blankenburg 292 genesende Frauen, darunter 200 mit geschlossener Tuberkulose und 33 Mädelchen, von der Heimstätte Uptal-Blankenburg 989 genesende Personen weiblichen Geschlechts, nämlich 882 Frauen und 107 Mädchen bis zum 12. Jahre hinab, von der Heimstätte Heinersdorf 788 genesende Kinder schulpflichtigen Alters, davon 426 Knaben bis zum 14. Jahre und 362 Mädchen bis zum 12. Jahre, von der Heimstätte Blankenfelde 484 lungenkranke Frauen, von der Heimstätte Markow 652 lungenkranke Personen weiblichen Geschlechts, nämlich 580 Frauen und 72 Mädchen bis zum 8. Jahre hinab, von der Heimstätte Gütergoh 1086 Personen, nämlich 10 zur Erholung überwiesene Pflegegeschwestern und 1076 genesende Männer, darunter 176 mit geschlossener Tuberkulose, von der Heimstätte Buch 1126 Personen, nämlich 5 zur Erholung überwiesene Pflegegeschwestern und 1121 lungenkranke Männer. Gegenüber dem Jahre 1911 hat die Zahl der Aufnahmen sich erhöht in Uptal-Blankenburg, Heinersdorf, Gütergoh, Buch, sich verringert in Blankenburg, Blankenfelde, Markow. Der Verwaltungsbericht hebt hervor, daß die Verlegung der Heimstätten mit Kindern zugenommen hat, und bezeichnet die hierbei erreichten Erfolge als erfreulich. Wünschenswert sei eine allgemeinere Kenntnis dieser Einrichtung, damit sie möglichst vielen Kindern zugute kommen könne.

Verstärkte Disziplinar-Ordnungsstrafe.

Gegen die Erweiterung des Berliner Aikls für Obdachlose in der Großefeldstraße war feinerzeit, namentlich wohl von den Hausbesitzern der Gegend, eine sogenannte Protestversammlung einberufen worden. Gegen die Erweiterung des Aikls sprach dort auch der Berliner Magistrats-Bureausekretär Wege. Durch eine Weigerung desselben führte Herr Jädel, der Oberinspektor des Aikls, verlegt. Der Oberbürgermeister von Berlin nahm darauf Herrn Wege in eine Ordnungsstrafe. Er ging davon aus, daß jene Weigerung gelautet habe: „Die geplante Erweiterung des Aikls ist nur auf den Größenwahn der Anstaltsleiter zurückzuführen.“ Die Strafverfügung führte aus, daß die Weigerung sowohl für den Anstaltsleiter als auch für den Dezerenten kränkend sei.

Nach vergeblicher Beschwerden beim Oberpräsidenten in Potsdam klagte Wege beim Oberverwaltungsgericht auf Aufhebung der Strafverfügung, indem er behauptete, daß die Weigerung den obigen Sinn gehabt habe. Keineswegs aber hätte er den Ausdruck Größenwahn mit Bezug auf den Inspektor Jädel und den Dezerenten gebraucht.

Das Oberverwaltungsgericht ließ eine Anzahl Teilnehmer der Versammlung als Zeugen vernehmen und wies dann die Klage des Herrn Wege mit folgender Begründung ab: Aus den Zeugenaussagen habe das Gericht die Ueberzeugung erlangt, daß die Weigerung so gefaßt sei, wie sie die Strafverfügung wiedergibt. Dann aber sei sie unehrlich sowohl dem Inspektor Jädel als auch dem Dezerenten des Aikls gegenüber. Somit sei in der unehrlichen Weigerung, die einen Mangel des notwendigen Respekts in sich schließe, eine Dienstverfehlung zu finden.

Aus dem Ausschuß des Zweckverbandes.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth fand gestern mittag eine Ausschußsitzung des Zweckverbandes Groß-Berlin statt, der auch der Oberpräsidialrat Graf von Hoesbergh bewohnte. Genehmigt wurde u. a. die neue Baufluchtlinie für das Tiergartenviertel. Es handelt sich da hauptsächlich um die Festsetzung von Baufluchtlinien an der Tiergartenstraße. Ferner fand der Bebauungsplan für das ehemalige Gelände der Luisenstädtischen Kirchengemeinde in Neukölln, an der Berg- und Mittelstraße die Zustimmung des Ausschusses. Dort soll, wie beim Aufmarschgelände am Tempelhofer Felde, nur ein Randbebauung stattfinden, ohne Seitenflügel und Hintergebäude. Ferner wurde der Bebauungsplan für ein Kleinwohnungsquartier in Nowawes am Rande der königlichen Forst in bevorzugter Lage nach eingehender Beratung angenommen. Genehmigt wurde ferner dann der Bebauungsplan für das südliche Gelände an der Gürtelbahn in Adlershof, wo 20—25 000 Seelen angesiedelt werden sollen. Der Bebauungsplan sieht einen großen Mittelsportplatz vor, von dem strahlenförmig Alleen nach dem Rande führen. Vorn sind zweigeschossige Gebäude, dahinter drei und weiter zurück viergeschossige Gebäude vorgesehen und zwar in der Form von Gruppenhäusern. Außerdem wurde noch ein Bebauungsplan für Zehlendorf genehmigt.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshaus, verbunden mit einer Ausstellung von Wandplakaten und Beschäftigungsspielen ist bis einschließlich Sonntag, den 14. Dezember, täglich von 3—9 Uhr geöffnet. Die von der Buchhandlung Vormwärts eingerichtete Verkaufsstelle ist in der üblichen Geschäftszeit geöffnet. Die Ausstellung der Jugendschriften und der Beschäftigungsspiele befindet sich im Duergebäude, Saal III, die Verkaufsstelle des Vormwärts im nebenbei gelegenen Saal II. Im Ausstellungsraum ist die Wandplakat-Ausstellung und die Ausgabe der Schriften zur Bekämpfung der Schundliteratur.

Der Eintritt in die Ausstellung ist frei, doch haben Kinder nur in Begleitung von Erwachsenen Zutritt. Es wird dringend gebeten, in den Ausstellungsräumen nicht zu rauchen.

Unglück oder Selbstmord?

Durch einen dumpfen Fall wurden in der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr Bewohner des Hauses Schmitz 7 aus dem Schlafe geweckt. Als sie nachsehen, fanden sie den 43 Jahre alten Kaufherrmann Gorgs, der mit seiner Frau und einem erwachsenen Sohn im zweiten Stock des Duergebäudes wohnte, besinnungslos auf dem Hofe liegen. Sie wendeten die Angehörigen, die mit ihrer Hilfe den Bewußtlosen nach der Hofschwache in der Holzmarktstraße bringen ließen. Hier stellte der Arzt fest, daß er schon tot war. Ob Gorgs aus dem Fenster hinausgefallen ist oder Selbstmord verübt hat, ist nicht sicher.

Ein schwerer Zusammenstoß.

Gestern nachmittag gegen 1/2 2 Uhr stieß in der Draniensburger Straße ein Straßenbahnwagen der Linie Nr. 26, der in der Richtung

nach Reinickendorf fuhr, in voller Fahrt mit einem Bierwagen zusammen, der nach der Linienstraße einbiegen wollte. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Kutscher vom Bod des Wagens einige Meter weit auf das Straßenpflaster geschleudert wurde und schwer verletzt nach der Rettungswache gebracht werden mußte. Der Vorderperson des Straßenbahnwagens wurde vollständig zertrümmert einige Insassen des Wagens haben zum Teil einen Nervenschlag davongetragen, zum Teil unerhebliche Verletzungen erlitten.

Zum Mord an der Gerhard.

Auf Grund der letzten Veröffentlichung in der Zeitung haben sich bei der Mordkommission noch zwei wichtige Zeugen gemeldet. Diese haben angegeben, daß sie die getötete Frida Gerhard noch in der Nacht zu Dienstag, den 28. Oktober dieses Jahres, am Rottbuscher Damm beziehungsweise Hohenstraße gesehen haben. Bisher hatte ihr Verbleib nur bis Montag früh verfolgt werden können. Da feststeht, daß die Gerhard am Montagmorgen nicht mehr nach ihrer Wohnung in Reußhöfen zurückgegangen ist, kann angenommen werden, daß sie für den 28. Oktober eine andere, bisher unbekannte Wohnung vermutlich bei einem anderen Manne, aufgesucht hat, zumal sie kurz vor ihrem Verschwinden einem Zeugen gegenüber angegeben hat, daß sie für einige Zeit verreisen wolle. Diese neue, bisher unbekannte Wohnung der Gerhard, welche vermutlich südlich der Spree nicht allzu weit vom Wasser entfernt gelegen ist, ist wahrscheinlich auch der Täter. Alle Personen, welche bemerkt haben, daß ein Mann in den letzten Tagen des Oktober für ein bis zwei Tage ein Mädchen bei sich aufgenommen hat, welches dann wieder verschwunden ist, wollen sich unersüßlich bei der Kriminalpolizei am Alexanderplatz, Zimmer 87, melden.

Ueber mangelnde Rettungsrichtungen am Landwehrkanal wurde kürzlich Klage geführt. Zwischen Draniens- und Waldemarbrücke insbesondere wurde ein Rettungsfahrer vermißt. Wir werden gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß sich ein Rettungsfahrer am Engelbrücken und einer an der Kreuzung des Kanals durch die Reichsberger Straße befindet. Nichtsdestoweniger dürfte sich an der von uns angegebenen Stelle die Notwendigkeit von Rettungsrichtungen herausstellen, zumal Anwohner wiederholt das Fehlen derselben als eine schwere Unterlassung empfunden haben. Alle Welt dürfte die Einrichtung nicht kosten.

Von einem Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr an der Kreuzung der Markus- und Lange-Straße der 50 Jahre alte Porträtmaler J. W. d. S. h., Kanteuffelstr. 25 wohnhaft. Der Verletzte wurde nach der nahegelegenen Rettungswache in der Holzmarktstraße und von dort nach Anlegung eines Notverbandes nach seiner Wohnung gebracht. Zeugen des Vorfalls, insbesondere solche, welche die Firma an dem Wagenschild gelesen haben, werden ersucht, dem Verletzten ihre Adresse zu übermitteln.

Kleine Nachrichten. Mit durchschweifender Schläfe wurde gestern vormittag im Humboldthain der 23 Jahre alte Kaufmann Hermann Hoyer aus der Schwedenstraße aufgefunden. Er hatte sich mit einem Mädchen verlobt, das ihm jetzt den Abschiedsbrief schrieb. — Während eines Handgemenges warfen einige Männer den mit ihnen bekannten Voder Karl Meyer in der Uferstraße in die Panke, aus der ihn Passanten wieder herauszogen und nach dem Krankenhaus brachten. — Eingebrochen wurde am Sonnabendabend in die Wohnung des Arbeiters Weste in der Dronheimer Straße 21a, während W. seinem Schwager ziehen half. Die Spitzbuben hatten alle Spinde aufgebrochen und Anzüge, Ueberzieher, einen Knabenanzug, zwei Uhren und andere Gegenstände fortgeschleppt. Der Verlust trifft die Arbeiterfamilie sehr schwer.

Gefunden wurde in Groß-Lichterfelde-West ein Paket, enthaltend Postkarten, Schmürzlein und Dohle für Feuerzeuge. Der Verkäufer kann sich melden bei E. Jädel, Gr.-Lichterfelde-West, Chausseestraße 75a, Hof 1 Tr., Portal II. — Papiere, Legitimationen, Ausweisarte der K. C. G., lautend auf Karl Müller, Charlottenburg, in der Stadtbahn gefunden. Abzuholen bei Hans Scholz, Berlin, Christianstr. 111, Gartenhaus. — Vertauscht wurde am Sonnabend beim Beethoven-Konzert des 4. Kreises im Friedrichshain von einer Garderobenfrau ein Damenpläscher mit Kleureuse. Es wird um Zurückfindung gebeten.

Ein Paket mit Wärschen ist in der Juristischen Sprechstunde liegen geblieben. Der Eigentümer kann dasselbe jederzeit aus der Redaktion abholen.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Die Gewährung von Unterstützung an arbeitslose Einwohner steht in der am Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses stattfindenden Stadtverordnetenversammlung zur Beratung. Von der reichhaltigen Tagesordnung sei noch der Antrag unserer Genossen erwähnt, der die Vergütung städtischer Arbeiten an nur tariffreundliche Unternehmer verlangt.

Die fortgeschriebene Einwohnerzahl Neuköllns betrug nach vorläufiger Feststellung des Statistischen Amtes am 1. Dezember 1912: 274 380 (gegen 266 048 am 1. Dezember 1912). Die Zahl der Zugewogenen belief sich auf 3686 (3579), die der Abgezogenen auf 2931 (3189), der Zugzuüberschuß demnach auf 755 (596).

Charlottenburg.

Sitzungen im Charlottenburger Elektrizitätswerk. In den Frühstunden vom Montag, den 8. Dezember d. J., wurde die Isolation einiger Speisefelder, die den elektrischen Strom nach dem Divertel des Stadtgebietes führen, sachgemäß, die selbsttätigen Apparate des Kraftwerkes isolierten Maschinen und Umformer ab, so daß der Betrieb auf kurze Zeit eingeschränkt werden mußte. Kurz nach 8 Uhr war die Stromversorgung des ganzen Stadtgebietes und der Straßenbahn wieder in vollem Gange.

Ober-Schöne-weide.

Wohltätigkeit und politische Erregung. Die Tatsache, daß es der sozialdemokratischen Fraktion der Gemeindevertretung nach langem vergeblichen Sträuben ihrer Gegner gelungen ist, in die Armenverwaltung der Gemeinde auch Männern und Frauen aus den Reihen der Arbeiterschaft Eingang zu verschaffen, scheint an gewissen Stellen böse Wirkungen ausgelöst zu haben. Wird diesem neuen Zuwachs der Armenkommission auch reichhaltig größte Arbeitsfreudigkeit und unparteiische Würdigung ihres mühevollen Amtes beizubringen, so mag das nachstehend verzeichnete Vorkommnis zeigen, wie bei manchen Personen die politische Gefährlichkeit alles anders hinstemmen kann.

Wie alljährlich, bereitet die Armenkommission auch in diesem Jahre eine Weihnachtsbescherung armer Kinder vor, zu welchem Zwecke sie sich an besserstellte Einwohner mit der Bitte um finanzielle Unterstützung wendet. Der Kommission ist nun von einem Mitgliede der Gemeindevertretung — einem der Einwohner in guter Erinnerung stehenden früheren Amtsvorsteher — folgendes Schreiben zugegangen:

„Auf Ihr Schreiben betr. Beiträge zur Weihnachtsfeier erwidere ich Ihnen ergebend, daß Sie dieses Mal auf einen Beitrag meinerseits nicht rechnen wollen. Ich ziehe es vor, denjenigen, denen ich in Ober-Schöne-weide eine Weihnachtsunterstützung zugesagt habe, den Betrag beizubehalten zu lassen, da die Geschäftspunkte, von denen aus ich die Kollage betraute, mit denen der Kommission nicht übereinstimmen und ich mich lieber denjenigen anstelle, bei denen ich von einer Uebereinstimmung auch in diesem Punkte überzeugt bin.“

Die verdiente Abfertigung erhielt der Herr durch nachstehende briefliche Antwort der Kommission:

„Auf unsere ergebene Bitte, uns einen Beitrag zur diesjährigen Weihnachtsbescherung für arme Kinder zu bewilligen, empfangen wir Ihr geehrtes Schreiben, dessen Eingang wir hiermit bestätigen. Wir verstehen wohl, daß Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Beamter und auf Grund Ihres dienstlichen Verhältnisses Ihre Verhältnisse gegen die Sozialdemokratie gewissermaßen vorgeschrieben ist, vermögen jedoch nicht einzusehen, daß Sie das bevorstehende Weihnachtsfest benützen, um die Kinder das entgelten zu lassen, was nach Ihrer Meinung die Väter gesündigt haben. Wir sind allezeit ehrlich bemüht gewesen, mit den uns zu Gebote stehenden schwachen Mitteln nach Möglichkeit in jede Familie wenigstens ein bißchen Weihnachtsfreude zu tragen, immer eingedenk dessen, daß Weihnachten so recht das Fest für die Kinder ist, denen wir wie bisher, und daran wollen wir auch weiter festhalten, den kleinen Schimmer von Freude nicht um der politischen Richtung ihrer Eltern willen verderben wollen. Sie werden es uns nicht verargen, wenn wir zum Schluß der unverfälschten Hoffnung Ausdruck geben, daß wir auch in diesem Jahre Menschenfreunde genug finden werden, die Politik und Nächstenliebe scharf von einander zu scheiden wissen und uns dadurch in unserem Wohltätigkeitswerk unterstützen, zu dem uns nicht nur unser eigener Wunsch treibt, sondern zu dem wir uns als die von der Gemeinde hierzu eingesetzte Armenkommission sogar verpflichtet fühlen.“

Die armen Kinder werden gern auf solche dem fühlenden Herzen abgenützte Almosen verzichten, durch welche ihnen vielleicht alle Freude verborgen gewesen wäre. Wie sagt doch Goethe: „Vernunft wird Unflinn, Wohlthat — Plage“.

Treptow-Baumshulenvog.

Zu den am 29. Dezember d. J. stattfindenden Ausschußsitzungen zur Ortskrankenkasse Adlershof und Umgebung wollen die Vertrauensleute sämtlicher Jobrit-Betriebe usw. (von Treptow-Baumshulenvog) ungenügend Stellung nehmen und die Namen der Delegierten dem Obmann K. Krone-wald, Adlershof, Hoffmannstr. 17, baldigst mitteilen.

Weihenfeer.

Eine Wohnwäsche versucht der ehemalige Vorsitzende des Aufsichtsrates der Weihenfeer Bank, Rechtsanwalt und Notar Appelt, indem derselbe in Erklärungen in der hiesigen Ortspresse die Finanzkommission der Gemeindevertretung für die Beschlässe der Generalversammlungen der Weihenfeer Bank verantwortlich macht. Von der Finanzkommission sollen die Beschlässe diktiert worden sein, das will der Herr „vor Gott und dem Gericht“ jederzeit behaupten, denn er hat ein diesbezügliches Schriftstück in der Hand. Auch behauptet er, daß er nur an einer Finanzkommissionssitzung teilgenommen hat, die am 11. Juli getagt hatte. Gegen diese Erklärungen wendet sich in einer Erwiderung die Finanzkommission, sie stellt an Hand der Protokolle fest, daß er, Herr Appelt, bestimmt an zwei Sitzungen teilgenommen hat, in denen über die Sanierungsverhältnisse der Weihenfeer Bank verhandelt worden ist. Die Finanzkommission vermahnt sich dagegen, der Weihenfeer Bank Beschlässe diktiert zu haben, sie hat im Sinne des von der Gemeinde gefaßten Beschlusses gehandelt, wonach der Weihenfeer Bank erst dann weitere Hilfe zu teil werden sollte, wenn ein dem Ergebnis der Revision der Bank entsprechender Sanierungsbeschluß der Generalversammlung vorliegt. Die Revision hat ergeben, daß die Anteile um 2500 M. und die Passivsumme auf 5000 M. erhöht werden mußte. Hierbei hat Herr Appelt mitgewirkt und um sein Gedächtnis zu stärken, sind ihm hierbei unverbindliche Aufzeichnungen der Vorschläge überreicht worden, die er zurzeit als verbindlich betrachtet und vor „Gott und dem Gericht“ zu vertreten gedenkt. Die Finanzkommission stellt weiter fest, daß alle Behauptungen in den öffentlichen Erklärungen des Rechtsanwalts Appelt — die richtigen und auch die unrichtigen — durchaus nicht geeignet sind, ihm die Verantwortung zu nehmen, die er als Aufsichtsratsvorsitzender für die Vorschläge, die er dem Aufsichtsrat und der Generalversammlung gemacht hat, unbedingt hatte. Es sei noch hervorgehoben, daß gerade die Aufstellungen des Aufsichtsratsvorsitzenden in der Finanzkommission für die Vorschläge dieser Körperschaft bestimmend waren.

Die durch den Zusammenbruch der Bank geschädigten Bürger werden aufgefordert, eine Eingabe an den Kaiser zu unterzeichnen, durch dessen Vermittlung eine Hilfsaktion des Zweckverbandes Groß-Berlin angestrebt wird.

Im übrigen herrscht in den beteiligten Kreisen eine Mißstimmung, die durch die allgemeine schlechte Geschäftslage noch verstärkt wird. Man wundert sich allgemein, daß nach acht Monaten der Bankkrise noch immer keine Klarheit herrscht, noch größere Verwunderung herrscht aber darüber, daß die Verantwortlichen noch nicht zur Rechenschaft gezogen sind.

Zurzeit hat die Bankleitung einen Berliner Rechtsanwalt beauftragt, mit den Genossenschaften und Sparern nochmals zu verhandeln, um Zeit zu gewinnen und den Konkurs zu vermeiden. Auch diese Aktion ist schon fehlgeschlagen durch die Aufforderung an die Genossenschaftler bis zum 10. Dezember auf jeden Anteil 1000 M. einzuzahlen, widrigenfalls die Klage erhoben wird. Die nächste Gemeindevertreterversammlung am Donnerstag wird sich ebenfalls wieder mit der Weihenfeer Bank zu beschäftigen haben, um einzelne Anträge des Vorstandes zu erledigen.

Schwargendorf.

Bei der am heutigen Dienstag stattfindenden Gemeinde-berordneten-Erswahl wird sich die Sozialdemokratie nicht beteiligen; der Vorstand des Wahlvereins fordert daher die sozialdemokratischen Wähler auf, strikte Stimmeneinhaltung zu üben.

Aus aller Welt.

Bethmanns Rede im Urtext.

Ein günstiger Wind weht uns ein interessantes Dokument auf den Redaktionsstisch. Es handelt sich um das Konzept der Rede, die Herr v. Bethmann Hollweg am Reichstage über die Baberner Vorgänge halten wollte. Wie die „Korb. Allg. Ztg.“ bereits mitteilte, ist eine plötzliche Indisposition des Kanzlers leider daran schuld, daß die Rede anders ausfiel, als Herr v. Bethmann beabsichtigte.

Im Urtext lautet die Rede:

Meine Herren! Die tiefbedauerlichen Vorgänge in Bayern, die in unerhörten Ausdehnungen eines noch recht jugendlichen Offiziers ihren Ausgang fanden, haben im deutschen Volke und weit darüber hinaus große Empörung hervorgerufen. Ich begreife und teile die Erregung und ich bedauere mit den Herren Vorrednern den dauernden Schaden, der dem Reichsgedanken durch diese Vorkommnisse und ihre allzulange Duldung zugefügt worden ist.

Meine Herren! Die Gesetze müssen unter allen Umständen respektiert werden, respektiert werden vor allem von den Herren, die die Ehre haben, des Königs Rod zu tragen. Die schwereren Opfer, die das deutsche Volk für den Militarismus bereitwillig auf sich genommen hat, müssen den Herren Offizieren ein Ansporn sein, sich stets daran zu erinnern, daß sie vom deutschen Volke ihren Sold erhalten.

Meine Herren! Des Königs Rod muß unter allen Umständen respektiert werden, wenn ein Untergebener in ihm steht, der sich gegen verbrecherische Uebergriffe seines Vorgesetzten nicht wehren kann. Und darum sind die Verfehlungen des jugendlichen Herrn v. Gortner doppelt verwerflich und nur so erklärlich — wenn auch nicht entschuldigbar —, daß er einen Rückhalt an seinem Kommandeur, dem Oberst v. Reutter, und dem ihnen ja von früher her bekannten General v. Deimling fand.

Meine Herren! Bei dieser Sachlage war es meine verdammt Pflicht und Schuldigkeit als oberster Beamter des Reiches, mit fester Hand zuzugreifen. Ich habe daher Sorge getragen, daß die drei ge-

Möbelfabrik Rob. Seelisch Berlin O₃ Rigaer Str. 71-73a



empfehlte
**gute preiswerte
Wohnungs-
Einrichtungen**
von
187 bis 10 000 Mark

Zu Weihnachten als Geschenke:

- | | | | |
|------------|---------------|---------------------------|-----------------|
| Büfettis | Anrichten | Bücherschränke | Schreibtische |
| Klubsessel | Schreibsessel | Chaiselongues | Sofas, Umbauten |
| Trumeaus | Standuhren | Wanduhren | Flurgarderoben |
| Bilder | Teppiche | auch sämtliche Kleinmöbel | |

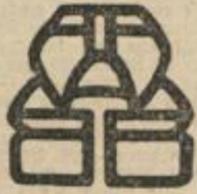
**Solide Möbel
zu anerkannt
billigen
Preisen**

Versand frachtfrei nach allen Plätzen Deutschlands

Besichtigung ohne Kaufzwang

Illustrierte Kataloge gratis und franko

Sonntag, den 14. und 21. Dezember, 12-8 geöffnet.



PILSATOR

**EIN GUTER TRUNK
AM STAMMTISCH UND IM HAUSE**
Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Siphons

BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Königstadt 3068, 4088/90



**Phänomen
Cigaretten**
Passendes
Weihnachts-
Geschenk.

Krzy.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.

Zigarren — Zigaretten — Rauchtabelle.

Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.

Alleinverkauf der Fabrikate der Firma

F. J. Burrus St. Kreuz

Größte deutsche Rauchtabellefabrikation.

Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle.

Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

H. Pfau, Bandagist Berlin C., Direksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Sofiastraße. — Simi Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Telefon für alle Krantentafeln.

Dr. Simmel Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Theater.

Dienstag, 9. Dezember 1913.
Anfang 8 Uhr.

Cines Palast am Zoo. Varietés-
Sitzspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Cines Kollendorf-Theater. Varietés-
Sitzspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Oberhaus. Die lustigen
Weiber von Windsor.
König Richard II.

Deutsches Schauspielhaus. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Physiologisches über Leibes-
übungen und Sport.
Anfang 8 Uhr.

Theater am Kollendorfplatz. Der
Reisende.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens. Polenblut.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches Künstler-Theater. Der
zerbrochene Krug.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches Opernhaus. Das Rot-
kehlchen.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus. Die
heitere Residenz.
Anfang 8 Uhr.

Thalia. Die Lanooprinzessin.
Anfang 8 Uhr.

Romödienhaus. Hinter Mauern.
Anfang 8 Uhr.

Montis Operetten. Die ideale
Gattin.
Anfang 8 Uhr.

Schiller O. Rosenmontag.
Anfang 8 Uhr.

Schiller Charlottenburg. Hedda
Gabler.
Anfang 8 Uhr.

Residenz. Hobeit — der Franz.
Anfang 8 Uhr.

Königsgraber Straße. Die Kron-
braut.
Anfang 8 Uhr.

Notz. Der Sittenapostel.
Anfang 8 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.

Kassino. Ferdinand der Jugend-
hafte.
Anfang 8 Uhr.

Reines. Die Sippe.
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Anfang 8 Uhr.

Trianon. Seine Geliebte.
Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädt. Die
Kinokönigin.
Anfang 8 Uhr.

Herrnsfeld. Was sagen Sie zu
Veitshoch?
Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Säng-
er.
Anfang 8 Uhr.

Luifen. Kofenmlust.
Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice. Der Kuckuck.
Anfang 8 Uhr.

Walhalla. Geflüchten.
Anfang 8 Uhr.

Neues Volkstheater. Die Lieb-
schneidigen.
Anfang 8 Uhr.

Admiralspalast. Die lustige Guppe.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heimg'fanden.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.

Mittwoch, nachmittags 3 Uhr:
Götts von Berlichingen.

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: **Was ihr wollt.**

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**

Mittwoch u. Sonnabendnachm. 4 Uhr:
Das tapfere Schneiderlein.

Sonnt. Am. 3 1/2 Uhr: **Der liebe Augustin.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
30-31 Chausseestr. 30-31.
Operetten-Gastspiel
Zum 242. Male:
Die Kinokönigin

Oderette in 3 Akten
von Georg Dionysowski u. Paul Freund.
Musik von Jean Gilbert.
Kasseneröffnung. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Lessing-Theater.
Abends 8 Uhr: **Pygmalion.**

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Residenz-Theater

8 Uhr: **Hobeit — der Franz!**

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hoheit — der Franz!

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hoheit — der Franz!

Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.

Dienstag 8 Uhr:
Hanneles Himmelfahrt.

Donnerstag 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male:
Schirin und Gertraude.

Scherzspiel in 4 Akten v. Ernst Hartl.

MARMOR- HAUS

(An der
Kaiser-
Wahm-
schützen-
Kirche)

**LICHT-
SPIELE**

Kurfürstendamm 236.

Unwiderruflich

zum vorletzten Male:

Die

blaue

Maus

mit

Madge Lessing.

Regie: **MAX HACK**

Vorstellungen:
5, 7, 9 Uhr.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. N. Zuntz:
Physiologisches über

Leibesübungen und Sport.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 182.
Anf. 8 Uhr. Zum 1. Male:
Der Sittenapostel.

Burleske mit Gelang u. Lang
in 3 Akten von Louis Schauer und
Leo Wilde. Musik von W. H. Meyer.

Mittwoch: **Der Reineckbauer.**

Die

CINES

Theater

Palast am Zoo

Täglich Anfang 8 Uhr.

Sonntags, 8 Uhr: Matinee.

Komplettes Programm gross:

Variété-Akte

sowie unsere

renommierten Lichtspiele

Preis von 65 Pfennig an.

Nollendorf-Theater

Cleopatra

Die Herrin des Nils
das Filmwunder der Welt
wurde mit großem
Beifall aufgenommen.

Wochentags Anf. 6 1/2 u. 9 Uhr.

Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr.

Jugend-Vorstellung

Sonnabend 4 Uhr

zu halben Preisen.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.

Sonntagsnachm. 3 Uhr: **Die Liebe wacht**

Vereinigtes Berliner Volksbühnen.

Luifen-Theater.

8 1/2 Uhr: **Kasernenluft.**

Schauspiel in 4 Akten von Stein
und Böngen.

WINTER- GARTEN

Neues Programm!

Rita Sacchetto

Serene Nord | Robert Steidl

O. Venus im Bade | Robert Steidl

und die von Publikum und
Presse

glänzend beurteilten

Dezember-Attraktionen!

Rauchen gestattet!

Apollo

Theater

Friedrichstraße 218

Vornehmstes Varieté

Costantino Bernardi

4 Schwestern Romanos

Salerno, Athos u. Read

und ein weiteres großes Pro-
gramm der

besten Variétékünstler.

Rauchen überall gestattet.

Beginn 8 Uhr

Ab 7 1/2 Uhr: **KONZERT.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Säng-
er.

Zickenbeens

Künstleragentur

Anfang 8 Uhr.

Sonntag nachm. 3 Uhr zu
ermäßig. Preisen:

Kompagnieball
und Weihnachts-
programm!

Morgen gr. Fest-
Benehls-Soloz f.
d. Mügl. d. St. S.

„Clou“

Berliner ::
Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Blon.
Als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs
Musikkorps Kaiser-Franz-Garde-Grenad.-Regts. Dirig. Oberm. A. Becker
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Eintritt.

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, d. 9. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:

Die neue große Prunk-Pantomime:

Pompeji

in 5 glänzenden Akten.

Hierzu das große Spezialitäten-
Programm

Kapt. Huling

eine Vorposten im Zirkus Busch.

Mad. Smaragda mit ihren
besten Tänzern und Tänzern.

La Dorando, Jonglier-Akt.

Keine Steuer außer Sonn-
fest- und Feiertagen.

UT

Lichtspiele

Union-Palast

Kurfürstendamm 26

Bavaria-Haus

Friedrich-Ecke Taubenstr.

Unter den Linden 21

Moritzplatz

Hasenheide

Weinbergweg 16-17

(2 Min. v. Rosenthaler Tor)

Reinickendorferstr. 14

ASTA

NIELSEN

in der Hauptrolle

des männlichen Schauspiels

„Die Film-Primadonna“

von

URBAN

GAD

Schöneberg, Hauptstr. 49

Protea

Phantastisches Schauspiel
in 4 Akten

In allen
U. T.-Lichtspielen:
**TANGO-
FIEBER**

Zirkus

Alb. Schumann.

Heute Dienstag, 9. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Sport-Vorstellung.

U. a.:

5 dress. Seelöwen zu Pferde!

Vorgeführt von Miss Marietta.

Neu! **3 Collins** Neu!

(1 Dame, 2 Herren)

gymnastischer Kraftakt.

Neu! **3 Arleys** Neu!

Orig.-Perche-Balance-Akrob.

und das übrige Glanzprogramm.

Um 9 1/2 Uhr:

Tango vor Gericht!

Pantomimische Burleske

in 8 Akten mit Gesang u. Tanz

Metropol-Theater.

Abends prägnante 7 Uhr 55:

Die Reise um die Erde

in 40 Tagen.

Passage-Panoptikum

50 wilde

Kongoweiber

Männer und Kinder

in einem eigens

gebauten Kongodorfe.

Der Froschschluck.

Die gr. Kino-Variété-Vorstellung

von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Folies Caprice.

Der Kuckuck.

Anfang 8 1/2 Uhr

Manöverschwindel.